

mit 8 seiten dossier zum überfall auf die sowjetunion vor 80 jahren

Editorial

Am 22. Juni 1941 überfallen 3,2 Millionen deutsche Soldaten auf einer Frontlänge, die etwa der Entfernung Hamburg–Neapel entspricht, die Sowjetunion. Es ist der Auftakt des „Unternehmens Barbarossa“. Hunderttausende sowjetische Soldaten geraten in den ersten Wochen in Gefangenschaft. Etwa drei Millionen werden bis 1945 in deutschem Gewahrsam umkommen. Im deutschen Gedächtnis ist dieser Tag aber kaum präsent.

Zuvor hatten Hitler und Stalin 1939 einen Pakt geschlossen, gemeinsam Polen überfallen und zielgerichtet Angehörige der Intelligenz, Offiziere, Frauen und Kinder deportiert und ermordet. Für Hitler ist dieser Terror die Vorlage für einen nie dagewesenen, ideologisch begründeten Krieg, dem in der Sowjetunion etwa 27 Millionen Menschen zum Opfer fielen – durch Erschießungen, Aushungern, Zwangsarbeit, Gaswagen, Kälte. Der Massenmord hatte viele Facetten.

Welche Folgen hat dieser von Deutschland angezettelte Krieg heute? Wie bestimmt er unser Verhältnis zu den Völkern Russlands, Weißrusslands, der Ukraine? Wie bestimmt er unser Verhältnis zu den Regierungen dieser Länder? Die Beziehungen Deutschlands zu Russland sind, nach der Euphorie der deutschen Einheit, zerrüttet. Wladimir Putin versucht, ein neues Imperium zu formen und begründet seine Pläne mit Rückgriff auf 1941, dass man den „westlichen Partnern“ nie ganz trauen dürfe und auf Angriffe der Nato vorbereitet sein müsse. Und mit dem Verweis auf „ausländische Agenten“ erstickt er jeden Anflug von Opposition. Stärker noch hat sein belarussischer Vasall Alexander Lukaschenko den Faschismus-Begriff für seine Diktatur instrumentalisiert. Und in der Ukraine gärt im Osten ein Krieg, während Kiew den Weg in die EU sucht. Haben wir als Deutsche dem Land gegenüber eine besondere Verpflichtung?

Wladimir Putin rüstet auch geschichtspolitisch auf. Was auf uns oft wie in Bronze gegossene Ideologie wirkt, hat für Einheimische eine persönliche Bedeutung. In nahezu jeder Familie sind Angehörige durch NS-Wahn ums Leben gekommen. Wer kann die Bedeutung des Wortes „Vernichtungskrieg“ wirklich ermessen? Und wie gehen wir selbst mit diesem Erbe um? Dass es Massenmord nicht nur in Auschwitz und Babin Jar gab, sondern auch in Gefangenenlagern der deutschen Provinz – diese Erkenntnis rückt erst jetzt ins öffentliche Bewusstsein. Höchste Zeit, dass Staatsanwälte auch gegen diese Wachmänner ermitteln.

Es gibt viele Konflikte mit dem Kreml. Man sollte ihnen nicht ausweichen, schon gar nicht mit dem Hinweis auf den deutschen Überfall. Im Gegenteil. Könnte es nicht sein, dass die Erinnerung an diesen Krieg ein Fundament legt, das nicht von Gasrohren bestimmt wird, sondern von der gemeinsamen Verantwortung? Es wäre uns allen zu wünschen.

Sabine Seifert, Thomas Gerlach



Erinnert euch!

Was der 22. Juni 1941 für uns heute bedeutet: Beiträge von Sasha Filipenko, Freya Klier, Sergey Lagodinsky, Karl Schlögel, Ingo Schulze, Thomas Will und den deutschen KanzlerkandidatInnen 2–9

Im deutschen Geschichtsbewusstsein bisher unterbelichtet: NS-Kriegsgefangenenlager wie hier in Sandbostel, in denen 3 Millionen sowjetische Soldaten umkamen
Foto: Kay Michalak/fotoetaage

Die taz wird ermöglicht durch

21.467

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Ausgabe Berlin
Nr. 12568
€ 2,80 Ausland
€ 2,20 Deutschland
4 190254 802201
1 0625

Eher tastend als laut
Wie Nava Ebrahimi den Bachmannpreis gewonnen hat
19



Foto: ORF/dpa

Bitte recht freundlich
Neue Umgangstone: Linke zeigen sich beim Parteitag friedlich und regierungswillig
10, 16

„Viele Fragezeichen“
Rechtsextreme bei der Bundestagspolizei: Claudia Roth fordert Untersuchung
11

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Das Fieber hielt sich anfangs ja in Grenzen, aber jetzt geht's doch in jeder Hinsicht heiß her bei der EM. Dank Merih Demiral, Rúben Dias, Raphaël Guerreiro, Mats Hummels und Wojciech Szczęsny. Ihre 5 Treffer sind bereits historischer Rekord. Bei den Vereinen der Spieler liegen Juventus Turin und Borussia Dortmund (je 2) gleichauf vorn bei der EM im

Eigentorschießen.

Kalendarium: 1939 bis 1945

23. August 1939: Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts. Im geheimen Zusatzabkommen werden die gegenseitigen Interessensphären festgelegt. Polen wird geteilt, die baltischen Staaten und Teile Rumäniens fallen der Sowjetunion zu.

1. September 1939: Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg. Die polnische Armee kann dem deutschen Druck nicht standhalten. Beginn der Morde an polnischen Intellektuellen und Juden durch die SS.

17. September 1939: Die Rote Armee marschiert in Ostpolen ein. Das Land wird zwischen Deutschland und der UdSSR aufgeteilt.

Ab 28. September 1939: Die UdSSR zwingt Litauen, Lettland und Estland „Freundschaftsverträge“ auf. Sie werden zu Sowjetrepubliken.

18. Dezember 1940: Hitler unterzeichnet die Weisung „Barbarossa“ zum Angriff auf die Sowjetunion.

22. Juni 1941: 3,2 Millionen deutsche und verbündete Soldaten greifen an. Der Wehrmacht gelingt ein rascher Vorstoß. Sowjetische Funktionäre werden systematisch ermordet.

3. Juli 1941: Stalin proklamiert den „Großen Vaterländischen Krieg“. Er ruft zum Einsatz von Partisanen auf. Doch noch im Juli fallen Minsk und Smolensk, im September wird Kiew, im Oktober Odessa von der Wehrmacht erobert.

August 1941: Spätestens zu diesem Zeitpunkt dehnen die Einsatzgruppen der SS, der auch Polizeibeamte angehören, ihre Morde an sowjetischen Funktionären auf Zivilisten, insbesondere auf Jüdinnen und Juden aus. Die Menschen werden meist an vorbereiteten Massengräbern hinter der Front erschossen.

8. September 1941: Beginn der Blockade von Leningrad. Bis 1944 sterben etwa 1,1 Millionen Menschen.

29./30. September 1939: In der Schlucht von Babi Jar bei Kiew ermordet die SS etwa 33.000 Jüdinnen und Juden.

November 1941: Deportation und Ermordung deutscher Juden in Riga und Minsk. In Minsk entsteht ein deutsch-jüdisches Ghetto.

1. Dezember 1941: Die Wehrmacht bricht ihren Angriff auf Moskau ab. Gegenangriff der Roten Armee. Die Wehrmacht hat inzwischen etwa 3 Millionen sowjetische Soldaten gefangen genommen. Bis 1945 sterben mehr als 3 Millionen der insgesamt 5,7 Millionen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam.

20. Januar 1942: Wannseekonferenz zur Organisation der Ermordung der europäischen Juden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Nazis etwa 900.000 Jüdinnen und Juden in Deutschland, Polen und der UdSSR getötet.

28. Juni 1942: Beginn der deutschen Offensive im Kaukasus. Im August erreicht die Wehrmacht die Wolga.

August 1942: Die Vernichtungsstätte Maly Trostinez bei Minsk geht in Betrieb. Mindestens 60.000 Menschen, vor allem Jüdinnen und Juden, werden dort ermordet.

2. September 1942: Beginn der Belagerung Stalingrads. Größte Ausdehnung des deutschen Machtbereichs im Zweiten Weltkrieg.

31. Januar 1943: Kapitulation der deutschen 6. Armee bei Stalingrad. Bis zum Mai verliert die Wehrmacht deutlich an Boden.

19. April 1943: Aufstand im jüdischen Ghetto von Warschau.

3. August 1943: Beginn der sowjetischen Sommeroffensive, am 24. September wird Smolensk befreit, am 6. November Kiew.

28. November 1943: Konferenz von Teheran unter Teilnahme von Roosevelt, Churchill, Stalin. Einigung über Besetzung und Teilung Deutschlands und die Westverschiebung Polens.

Januar 1944: Befreiung weiterer Teile der Ukraine. Ende der Blockade von Leningrad.

6. Juni 1944: Landung der westlichen Alliierten in der Normandie. Aufbau einer zweiten Front.

13. Mai 1944: Befreiung der Krim. Ab dem 22. Juni sowjetischer Großangriff im Mittelabschnitt. Befreiung von Minsk am 3. Juli. Die Rote Armee dringt in Polen ein.

20. Juli 1944: Fehlgeschlagenes Attentat auf Adolf Hitler.

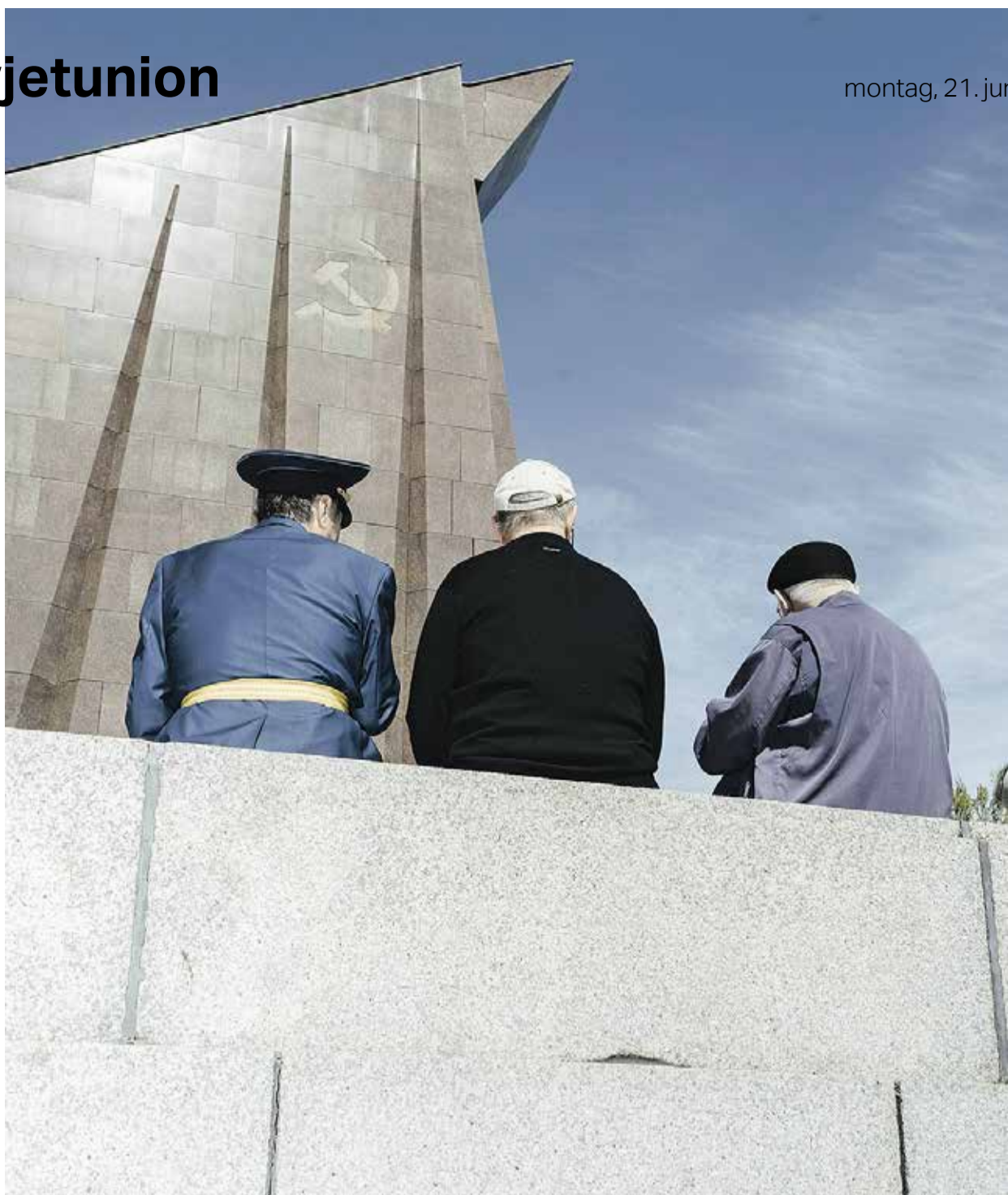
1. August 1944: Beginn des Warschauer Aufstands, von den Deutschen niedergeschlagen. Die nahen sowjetischen Truppen greifen nicht ein.

12. Januar 1945: Die Rote Armee dringt in Schlesien und in Ostpreußen ein.

27. Januar 1945: Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz.

16. April 1945: Oder-Offensive der Roten Armee leitet den Angriff auf Berlin ein. Am 22. April erreichen die Sowjets den Stadtrand, am 2. Mai kapituliert die Stadt.

8./9. Mai 1945: Bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, zuerst in Reims, dann im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst. Klaus Hillenbrand



9. Mai 2021, Kranzlegung und Gedenkfeier zum „Tag des Sieges“ über den Faschismus am Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park in Berlin. Foto: Toni Petraschk/Ostkreuz

Der Treptower Park und ich

Das Sowjetische Ehrenmal, errichtet 1949, ist Soldatenfriedhof und Gedenkstätte zugleich. Jährlich werden hier am 9. Mai Kränze niedergelegt. Was sagt es einem Jugendlichen heute?

Von Ilja Gerlach

1946 suchten die Sowjets einen Platz, um ihre gefallenen Kameraden zu beerdigen und an sie zu denken. Der Treptower Park in Berlin schien dafür geeignet zu sein, also fing man an, eines der bedeutsamsten Ehrenmäler für den Zweiten Weltkrieg zu bauen. An den Seiten stehen viele rechteckige Steine, die Sarkophage symbolisieren sollen. Etwas problematisch ist aber, dass diese „Särge“ mit Zitaten von Josef Stalin versehen sind, weil er damals der Herrscher der Sowjetunion war. Stalin war ein totalitärer Diktator und anfangs ein guter Partner von Adolf Hitler. Daher finde ich es nicht zeitgemäß, solche Zitate dort noch zu sehen. Aller-

dings steht das ganze Ehrenmal unter Denkmalschutz, weshalb es nicht einfach wäre, diese Sätze zu entfernen.

Das Ehrenmal wirkt auf mich mit großer Ruhe und Stille. Alles ist überdimensional und man erkennt an vielen Stellen Details. Es ist zu merken, dass man sich bei seinem Aufbau viel Mühe gegeben hat. Es sind etwa 27 Millionen Menschen allein in der Sowjetunion durch den Krieg gestorben, allerdings hätte man das Ehrenmal auch generell für alle errichten können, die im Krieg ihr Leben verloren haben. Da ich ein halber Russe bin, meine Mutter stammt aus dem Ural, geht mich das Thema auch persönlich etwas an. Viele mei-

ner Verwandten aus Russland bedauern noch heute den Verlust von vielen lieben Menschen aus ihrer Familie oder der Nachbarschaft.

Meiner Meinung nach ist Krieg eine Ideologie. So viele Menschen eines Landes zu töten, bis sich das Land ergibt, klingt für mich wie ein schlechtes Computerspiel, in dem man den Bezug zur Realität komplett verloren hat. Das ist schlimmer als die Fünfjährigen, die sich um ein Eis streiten. Und das soll was heißen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft bessere Lösungen für Probleme finden und dass nicht noch mehr Leben von unschuldigen Menschen aufs Spiel gesetzt werden.

Ich glaube, dass mein Stiefopa deutlich glücklicher wäre, wenn sein Vater nicht in einem Panzer im Zweiten Weltkrieg so verbrannt worden wäre, dass er sein Leben lang an Alpträumen litt. Viele Soldaten, die überlebt haben, kamen zwar körperlich gesund, aber seelisch krank aus dem Krieg zurück. Diese ganzen schrecklichen Erlebnisse begleiteten sie noch ein Leben lang.

Die Erinnerung an den Krieg ist für mich sehr wichtig, und ich hoffe, dass sie der Menschheit noch lange im Kopf bleibt.

Ilja Gerlach ist 13 Jahre alt und lebt in Berlin.

Was bedeutet Ihnen der 22. Juni 1941?

Eine Frage an die Kanzlerkandidat*innen der CDU, der Grünen und der SPD

... Armin Laschet

„Der 22. Juni 1941 ist ein Tag der Erinnerung – an das Leid und die Grausamkeit, die der deutsche Vernichtungs- und Ausbeutungskrieg bei den Völkern der Sowjetunion verursacht hat. Innerhalb von nur 4 Jahren starben über 25 Millionen Menschen. Die Versöhnung, die wir heute sehen, und die guten persönlichen Beziehungen zwischen Menschen, deren Väter und Großväter noch Feinde waren, all das ist wie ein Wunder. Wir müssen alles dafür tun, uns als Menschen verbunden zu bleiben. Und bei allen aktuellen Konflikten mit Russland dürfen wir nie vergessen, wie viele unschuldige Millionen Menschen unter dem deutschen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion gelitten haben. Das ist für mich die Lehre, die auch nach 80 Jahren von diesem Tag ausgeht.“

... Annalena Baerbock

„Wenn ich an die Verbrechen der Wehrmacht auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion denke, denke ich zum Beispiel an Babyn Jar, ein Tal in Kiew, wo Deutsche innerhalb von 36 Stunden mehr als 33.000 ukrainische Jüdinnen und Juden ermordeten. Ich denke an die Leningrader Blockade, die drei Jahre dauerte und über eine Million Menschen das Leben kostete. Und ich denke an die mehr als drei Millionen Soldaten der Roten Armee, die in deutscher Kriegsgefangenschaft umkamen. Deutschland trägt eine bleibende Verantwortung für diese Verbrechen, für die Hinterlassenschaften und erst Recht für die Aussöhnung. Deshalb ist der Dialog und die Brücke zur Zivilgesellschaft in Russland, in Belarus, in der Ukraine für uns so wichtig. Die Verantwortung für die Geschichte steht jenseits der politischen Differenzen in der Gegenwart, sei es mit dem Kreml oder auch mit dem Regime in Belarus. Zu unserer konkreten Verantwortung als Deutsche gehören würdige Grabstätten für ermordete Opfer an den Hunderten Erschießungsstellen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Dies ist ein kleiner Beitrag, den Deutschland heute leisten kann, aber einer, der für die kommende Bundesregierung beizutragen bleibt.“

... Olaf Scholz

„Vor 80 Jahren überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Es war der Auftakt zu einem beispiellosen, an Berliner Schreibtischen geplanten Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion – gegen Russen, Polen, Ukrainer, Weißrussen, aber auch Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden. Bis heute ist diese Geschichte präsent und allgegenwärtig. In individuellen Biografien, in Familienerzählungen, an den Orten des Schreckens. Wir als heutige Politikergeneration haben eine besondere Verantwortung, für Völkerrecht, Frieden und das Zusammenwachsen unseres Kontinents und die Erinnerung an das aufrechtzuhalten, was für alle Zeit gelten muss: Nie wieder!“

Impressum

Redaktion: Thomas Gerlach, Klaus Hillenbrand, Barbara Oertel, Stefan Reinecke, Sabine Seifert | Fotoredaktion: Nadine Torneri | Layout: Christiane Voß

Blutige Erde

Jede Stadt, jedes Dorf, jeder Mensch erzählt im Osten Europas von Vernichtung und Massenmord – das alles, so bekennt der Historiker Karl Schlögel, ist viel zu monströs, um es wirklich begreifen zu können. Trotzdem muss man es versuchen

Von Karl Schlögel

W er nach dem Krieg geboren oder aufgewachsen ist und sich auch nur ein wenig dafür interessiert hat, was „im Osten“ geschehen ist, dem haben sich die Bilder eingebrannt: von den Ruinenlandschaften, Städten wie Minsk, über die zweimal die Walze des Kriegs hinweggerollt war, die Filmaufnahmen vom Pogrom in Kaunas, den Massenerschießungen von Juden im kurländischen Libau, von den Hunderttausenden gefangenen Rotarmisten, die auf blanker Erde zusammengepfertcht Krankheit und Tod ausgeliefert waren, von den Galgen, die überall errichtet waren, wo es Partisanen gab oder es danach aussah, von den zerstörten Fabriken, die alles zunichte gemacht hatten, was in einer beispiellosen Kraftanstrengung in den Vorkriegsjahren aufgebaut worden war.

Wir haben die Statistiken im Kopf mit den unfassbaren Zahlen der Opfer unter Zivilisten und Militär. Wir sehen die Lenigrader, die ihre Toten auf Schlitten über die vereisten Straßen ziehen, und die Rauchwolken über den von Stukas in Brand geschossenen Lebensmittelmagazinen. Wir sehen die Restauratoren in den Gewölben der Eremitage, die die Kunstschätze packen für die Evakuierung in den Ural, den Platz vor der Isaaks-Kathedrale, auf dem nun Kohl gepflanzt wird; und doch gibt es Schostakowitschs „Lenigrader“¹. Und vor allem: Wir sehen vor der Schneelandschaft die wie Säulen in den Himmel ragenden Schornsteine der niedergebrannten Dörfer. Das weite Land entvölkert. Abermillionen auf der Flucht, Tausende von Fabriken ostwärts verfrachtet. „Alles für die Front!“

Wir haben nicht alles, aber viel gelesen, und wir haben verstanden, dass es nicht allein Diktatur und Stalins Befehl Nr. 227 „Kein Schritt zurück“ war, sondern Not, Überlebenskampf, Heimatliebe, Hass auf einen Eindringling, der nicht einmal erklären konnte, was er dort zu suchen hatte. Wir haben die Geschichte und die Theorien studiert, die uns erklären wollen, wie es dazu kam: zum Weltkrieg, zum Überfall auf die Sowjetunion, zur Schoah.

Aber sie kommen nicht heran an das Erleben derer, die in diese heillose und furchtbare Geschichte hineingezogen, in ihr umgebracht worden oder umgekommen sind. Es gibt eine unüberschreitbare Mauer in der Verständigung zwischen einer so erfahrungsarmen Generation wie der meinen und jenen, die alles, was das Jahrhundert an Katastrophen bereit hielt, durchlebten oder darin zugrunde gingen.

Ich war 1966 zum ersten Mal in der Sowjetunion (in einer Schülergruppe aus einem bayerischen Benediktiner-Internat). Zwei der Lehrer waren in russischer Kriegsgefangenschaft gewesen, hatten Russisch gelernt und sprachen bewegt von dem „russischen Menschen“, der ihnen geholfen hatte, lebend davonzukommen.

Auf den Straßen von Kiew und Kursk sah man damals noch die vom Krieg verstümmelten, auf ihren hölzernen Wägelchen



Anfang Juli 1941: Sowjetische Kriegsgefangene an einer Sammelstelle der Wehrmacht, vermutlich in Belarus, der Fotograf ist unbekannt. Derzeit erinnert eine Ausstellung in Berlin-Karlsborst an das Schicksal von sowjetischen Gefangenen; siehe Seite 5
Foto: dpa/picture alliance

denmord, aber nur wenig vom Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen. Man spricht vom Russlandfeldzug, obwohl sich Krieg und Besatzung vor allem in der Ukraine und Belarus abgespielt hatten. Man wird nicht müde, auf die ukrainischen Hilfswilligen zu verweisen, während die russische Wlassow-Armee kaum erwähnt wird. Es reicht nicht ein Leben, jedenfalls nicht meines, nicht das einer Generation, um wirklich zu erfassen, geschweige denn dahinterzukommen, was da passiert ist.

Im achtzigsten Jahr der Wiederkehr des Angriffs auf die Sowjetunion bedrückt einen nicht nur die Ungeheuerlichkeit der deutschen Verbrechen, sondern auch, dass es ein diesem Anlass angemessenes gemeinsames Gedenken nicht gibt, derzeit wohl auch nicht geben kann. Putins Russland führt Krieg gegen die Ukraine, Lukaschenko hetzt seine Schläger auf das Volk, in Russland gibt es fast täglich neue Maßnahmen, um jede oppositionelle Regung im Keim zu ersticken.

Aber es ist nicht aller Tage Abend. Als Wassili Grossman in den sechziger Jahren die Veröffentlichung seines Romans „Leben und Schicksal“ forderte, beschied ihm die Ideologie-Abteilung der KP, dieser würde auch in 200 Jahren nicht erscheinen können. Grossmans Epos zeigt das ganze Drama zwischen Stalingrad und Berlin, zwischen dem Getto in Berditschew und der „Hölle von Treblinka“, zwischen Buchenwald und Workuta. Die damals Mächtigen haben sich verrechnet, Wassili Grossman war stärker.

rollend und sich mit verbundenen Händen vorwärts stoßend. Auf den Campingplätzen traf ich auf Kriegsveteranen, die mich ins Zelt baten, weil sie mit dem Deutschen reden und ihn wohl auch testen wollten, wie viel er vom Kräuterschnaps vertrug.

So weit ich mich erinnern kann, bin ich nie als Deutscher geschnitten worden. Ich kann mir bis heute diese merkwürdige Großzügigkeit nicht recht erklären, waren sie es doch, die als nach 1945 um die Früchte ihres Sieges gebracht worden waren, während die Feinde von gestern sich fast alles leisten konnten.

Ich habe die vom Krieg verheerten Orte gesehen, die Denkmäler und Dioramen in Sewastopol und Dnipropetrowsk, die von einem Gitter oder Mauer-

in der Literatur: Konstantin Simonow, Wiktor Nekrassow, Daniil Granin, Lidia Ginsburg.

Später traf ich den Historiker Alexander Nekritsch, der in den sechziger Jahren die Legende von Stalin als militärischem Genie infrage gestellt hatte und dann ins Exil nach Harvard gegangen war. Ich lernte bei der Vorbereitung der „Berlin – Moskau“ Irina Antonowa, die Direktorin des Puschkkin-Museums kennen (und schätzen), die als nach 1945 um die Früchte ihres Sieges gebracht worden waren, während die Feinde von gestern sich fast alles leisten konnten.

Die Gespräche in Moskau, Leningrad und Kiew in den Achtzigern drehten sich allerdings weit mehr um die Gewalt im Lande selbst, um die innere Verwandtschaft der Diktaturen Hitlers und Stalins, die Schicksale, die mit dem Großen Terror, dem Gulag und der Verbannung verbunden waren. Für die meisten überdeckte der Große Vaterländische Krieg den Krieg, den Stalin gegen das eigene Volk lange vorher entfesselt und nach dem Sieg über Hitler wieder aufgenommen hatte, mit der Deportation ganzer Völker, der Deportation von Hunderttausenden aus dem „befreiten“ Baltikum und der Ukraine, der Bestrafung von Hunderttausenden der in ihre Heimat zurückgekehrten Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die als Vaterlandsverräter verdächtigt worden waren.

Es war mir bei meinen Reisen seit den siebziger Jahren nicht klar, dass ich mich auf den Spuren meines Vaters bewegte, der – bis auf ein Jahr in Belgien und Frankreich – an der „Ostfront“ im Einsatz war. Wie viele meiner Generation, die alles besser und sich auf der richtigen Seite der Geschichte wussten, war es bald zum Bruch gekommen. Man schwieg, wo es besser gewesen wäre, nachzuhören und zuzuhören. Aber ich, der marxistisch aufgeklärte und moralisch überlegene Sohn, war an dem Gespräch mit dem Vater, dem vor

.....
Karl Schlögel, 1948 im Allgäu geboren, Osteuropahistoriker, Publizist, vielfältige Veröffentlichungen zur sowjetischen Geschichte, unter anderem „Der Duft der Imperien“ (2020).

dem Krieg jungen, angehenden Hoferben aus dem Allgäu, nicht mehr interessiert. Sogar in der scheinbar von Kriegsschrecken so abgelegenen Gegend gab es Spuren, die in „den Osten“ führten – auf den Friedhöfen gab es die Schilder mit der Zeile „gefallen im Osten“, und viele im Dorf erinnerten sich noch an „den Ukrainer“, „die Ukrainerin“, die als Ersatz für die Männer an der Front Zwangsarbeit leisteten – über 2 Millionen Menschen waren aus der Ukraine ins Reich deportiert worden.

Der Vater hätte mir vielleicht sagen können, was er mit eigenen Augen gesehen hat. Als „Kulak“² hatte er einen Horror vor Kollektivierung und Kolchozen, er schwärmte auch später noch von den Weizenfeldern in der Ukraine und machte sich tatsächlich noch einmal dorthin auf den Weg, wo er 40 Jahre zuvor gewesen war: Kiew, Dnipropetrowsk, Odessa, Rostow, Wolga-Don-Kanal – Stalingrad, das nun Wolgograd hieß. Von der Schiffstour gibt es Fotos mit Neptunfest an Bord.

Erst nach seinem Tod habe ich seine Stationen an der Ostfront im Wehrpass aufgelistet gefunden, sie decken sich exakt mit den Daten der Militärgeschichtler. Mein Vater kam bis Stalingrad, wurde aber ausgeflogen, bevor der „Kessel“ geschlossen wurde. Er hatte die Ortsnamen, die über Leben und Tod entschieden, immer parat: Stalino (heute Donezk), Kalatsch, Gumrak, Rostow, Charkiw.

Meine späteren Reisen bewegten sich in dem von Krieg und Völkermord kontaminierten Gelände. Ich kam nach Lwow/Lwiw, weil ich die Vielvölkerstadt Lemberg suchte und stieß auf die Massaker des NKWD³ und die Judenpogrome des ukrainisch-nationalistischen Mobs. Ich kam nach Brody auf der Suche nach der Schule Joseph Roths, wusste aber nichts von der mörderischen Kesselschlacht und den Abertausenden sowjetischen Kriegsgefangenen. Ich kam nach Kiew, wo der Campingplatz in Darnitsa nicht weit entfernt lag von den NKWD-Erschießungsplätzen von 1937 und den deutschen Lagern für die im Kiewer Kessel gefangen genommenen

Rotarmisten. Ich war zum ersten Mal in Babi Jar: In der Schlucht am Kiewer Stadtrand waren in drei Tagen im September 1941 über 30.000 Juden getötet worden. Ich war in Charkiw, weil ich die Architektur der sowjetischen Avantgarde bewunderte, und entdeckte erst später, dass dies auch eine Metropole im Land des Holodomor⁴ und der deutschen Besatzung war. So war es überall, in diesem von Unglück, Terror, Massenmord verheerten Land. Und so ist es heute, wohin auch immer ein Deutscher im östlichen Europa unterwegs ist.

Es war eine der Langzeitfolgen des Kalten Kriegs und der Teilung Europas, dass uns die Welt jenseits des Eisernen Vorhangs fremder wurde als die Rückseite des Mondes. Für die in der DDR Aufgewachsenen sieht es wohl anders aus. Sie waren durch Ausbildung, Beruf, Reisen näher an den Schauplätzen, aber mussten aus lauter Nähe zur Siegermacht auch vieles verdrängen oder übersehen.

Die Wahrnehmung dessen, was im Krieg geschehen war, blieb asymmetrisch – und ist es bis heute. Man weiß vom Ju-



Es war mir bei meinen Reisen nicht klar, dass ich mich auf den Spuren meines Vaters bewegte

chen eingefassten Grabstätten für Rotarmisten in fast jeder Siedlung im ehemaligen Kriegsgebiet. Auf der Datscha an der Moschajsker Chaussee kamen die Nachbarskinder manchmal mit Menschenknochen aus dem Wald zurück – Überreste der Schlacht um Moskau.

Alle Orte hatten ihre besondere Bedeutung: Brest, wo die Gleise breiter wurden, war der Ort der gemeinsamen Parade von Wehrmacht und Sowjetarmee nach der Zerschlagung Polens im September 1939 und nach dem 22. Juni 1941 der Ort des Kampfs „bis zum letzten Tropfen Blut“ gegen die Deutschen! Wer vom Flughafen in Scheremetjewo ins Moskauer Zentrum fuhr, passierte die Panzersperren. Der Krieg war allgegenwärtig. Bei den Treffen der Veteranen im Gorki-Park, wo sie sich zum Tanz einfanden. Oder

Anzeige

80 JAHRE ÜBERFALL AUF DIE SOWJETUNION

Vor 80 Jahren: Überfall auf die Sowjetunion

Der rassenideologische Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands brachte unendliches Leid über die Menschen und forderte mehr als 27 Millionen Opfer aus allen Teilen der Sowjetunion.

Es liegt in der Verantwortung heutiger Generationen, dass niemand diese Gräueltaten je vergessen oder relativieren darf!

Wir treten ein:

- für eine angemessene Erinnerung und Würdigung der Opfer
- gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus
- für eine Friedenspolitik, die im Dialog mit Russland und den anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion eine neue Politik der Entspannung und Abrüstung in Europa ermöglicht.

<https://vvn-bda.de/wir-erinnern-80-jahre-ueberfall-auf-die-sowjetunion/>



Gedenkstätte Sandbostel in Niedersachsen. Hier stand bis 1945 das Kriegsgefangenenlager Stalag X B. Etwa Zehntausend inhaftierte Rotarmisten starben

Bei den namenlosen Toten

Dachau kennen die meisten, Bergen-Belsen auch. Aber wer hat schon einmal von Sandbostel gehört? Dabei starben hier, im Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, etwa 10.000 sowjetische Gefangene. Ein Rundgang mit Lars Hellwinkel – mit Blick auf die Zukunft

Aus Anderlingen und Sandbostel **Sabine Seifert** (Text) und **Kay Michalak** (Fotos)

Der Friedhof liegt etwas außerhalb von Anderlingen, einer kleinen Ortschaft im niedersächsischen Landkreis Rotenburg. Er ist gut gepflegt, das Gras saftig grün, die Wege sind frisch geharkt. Es gibt ein Mahnmal, das die Namen der Gefallenen des Dorfes aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg auflistet, umrankt von lila blühenden Rhododendronbüschen. Am anderen Ende des Friedhofs, wo Gras über die eingeebneten Gräber gewachsen ist, steht ein einzelner grauer Felsstein, nicht sehr groß. „Unbekannter russischer Soldat“ steht darauf. Wer war er, der unbekannte russische Soldat? Wie kam der Stein dorthin und wer hat ihn gesetzt?

„Der Stein ist typisch für die Einzelgräber“, sagt Lars Hellwinkel, Jeans, Brille, hellblau kariertes Hemd. „Er steht am Rand des Friedhofs – versteckt und getrennt von den deutschen Gräbern.“ Der Geschichtslehrer, Jahrgang 1974, arbeitet als pädagogischer Leiter der nahen Gedenkstätte Lager Sandbostel, einem ehemaligen Kriegsgefangenenlager. 140 solcher Lager richtete die Wehrmacht nach Kriegsbeginn ein; in Sandbostel durchliefen bis zur Befreiung am 29. April 1945 insgesamt 300.000 Menschen das Lagersystem, davon 70.000 sowjetische Kriegsgefangene. Die meisten wurden in Arbeitskommandos geschickt, in die Landwirtschaft oder Rüstungsbetriebe. Geschätzt 10.000 von ihnen starben an Unterernährung, durch Krankheiten oder eine Gewehrkugel, manche im Lager, andere an ihren Einsatzorten.

Es war die Wehrmacht, die ein dichtes und kaum zu übersehendes Netz an Zwangsarbeitslagern aufbaute und lieblos und oft anonym bestattete Tote hinterließ.

Die Kirchengemeinden führten nicht immer gewissenhaft Buch über die Begräbnisse sowjetischer Gefangener, sagt Lars Hellwinkel, oftmals seien sie gar nicht informiert worden. Die Gefangenen trugen eine Metallmarke mit ihrer Erkennungsnummer um den Hals; diese wurde manchmal in den Kirchenbüchern notiert. Namen oder Herkunftsland der Toten blieben meist ungenannt, wenn es darum ging, ihnen einen Stein auf dem Friedhof zu setzen. „Bei diesem hier wird zumindest die Nation genannt“, erklärt Hellwinkel auf dem Anderlinger Friedhof. In anderen Fällen stünde nur „unbekannter Soldat“ oder einfach „Russe“ auf einem Stein. Den in Anderlingen hat, vermutet er, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in den 1950er Jahren gesetzt.

Die Gedenkstätte Sandbostel hat die Corona-Zeit genutzt, die Grabstellen sowjetischer Soldaten im einstigen Wehrkreis X zu identifizieren, dem das Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stamm-lager Sandbostel (Stalag X B) zugeordnet war. Bis heute, achtzig Jahre nach Beginn des grausamen Angriffs- und Vernichtungskriegs der Deutschen gegen die Sowjetunion, sind viele Schicksale sowjetischer Kriegsgefangener ungeklärt. Das hat mit verschleppten Dokumenten, verschlossenen Archiven und dem Kalten Krieg zu tun. Doch selbst heute lassen sich noch Schicksale klären. Kriegsoffer werden der Anonymität und dem Vergessen entrissen, Familien können erfahren, wo ihr Angehöriger verstorben oder bestattet ist.

Über das Grab in Anderlingen haben Hellwinkel und ein Einheimischer herausgefunden: Der „unbekannte russische Soldat“ war im April 1945 mit einem Pferdewagen auf eine Mine gefahren. „Das wusste man im Dorf“, erzählt Hellwinkel. Die Straßen seien wegen der anrückenden britischen Armee vermint, die Personalunterlagen im Lager bereits vernichtet, so dass man den Toten nicht mehr identifizieren konnte. 212 Grabanlagen – vom Einzelgrab bis zu Massengräbern mit mehreren hundert Toten – haben er und seine Helfer*innen aufspüren können.

Besonders gern bezieht Hellwinkel interessierte Schüler*innen mit ein, die mit ihrer Klasse in die Gedenkstätte kommen. Ausgestattet mit einer Personalkarte bekommen sie den Auftrag, die Geschichte eines der Gräber in ihrem Heimatort oder ihrer Umgebung zu rekonstruieren.

Hellwinkel erzählt von Lisa-Marie, einer Schülerin aus der Ortschaft Donnern bei Bremerhaven. Dort gab es ein Einzelgrab auf dem Friedhof, auf dem nicht mehr als „Michail, gest. 10. 1944“ stand. Die Schülerin besuchte gezielt das Seniorenkränzchen der Kirche. Eine alte Frau erinnerte sich und erzählte, dass „der hier erschossen worden ist – wegen Arbeitsverweigerung“. „So hat der russische Soldat zwar keinen Nachnamen bekommen“, sagt Hellwinkel zufrieden, „aber dank Lisa-Marie kennen wir wenigstens sein Schicksal.“

Hellwinkel ist Geschichtspädagoge, delegiert vom Land Niedersachsen arbeitet er an zwei Tagen in der Woche in der Gedenkstätte Lager Sandbostel, die anderen drei unterrichtet der promovierte Historiker in Stade am Gymnasium. Auch wenn es sich um ein ehemaliges Kriegsgefangenenlager handelt, verbänden die Schüler mit dem Wort Lager meist etwas anderes, sagt Hellwinkel. „Ihre Assoziationskette läuft so: Lager – Zweiter Weltkrieg = KZ. Davon müssen wir sie erst mal wegreiben.“

Deswegen fängt er normalerweise nicht in der Gedenkstätte selbst an, sondern am einstigen Lagerfriedhof von Sandbostel, der sich außerhalb befand. Heute firmiert er offiziell als Kriegsgräber-

stätte. Der Friedhof hat seine eigene Geschichte und Ordnung, so wie das Lager seine eigene Hierarchie hatte, in der die sowjetischen Gefangenen ganz unten standen. Dort, wo die Leichname der sowjetischen Gefangenen in 70 Massengräbern beigesetzt wurden, sind keine Namen zu sehen, nur orthodoxe Kreuze an den Umfassungsmauern lassen einen osteuropäischen Hintergrund erahnen. „Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Tote hier wirklich liegen“, sagt Hellwinkel, knapp 4.700 Opfer sind der Gedenkstätte namentlich bekannt. Auch die im April 1945 nach Sandbostel verlegten und verstorbenen 3.000 KZ-Häftlinge aus Neungamme sind in den 1950ern auf die Kriegsgräberstätte umgebettet worden. Eine große Wiese, kleine Gedenksteine in Dreiergruppen, mehr ist nicht zu erkennen.

Der Friedhof atmet an diesem Tag friedlich: hohe Bäume, die Schatten spenden, lila, rot und weiß blühen die Sträucher. Vom Eingangstor läuft man auf ein Rondell mit drei Stelen aus Sandstein zu. Hier stand bis 1956 ein großes Ehrenmal, das die sowjetische Militäradministration zu Ehren ihrer im Stalag X B „zu Tode gequälten“ Soldaten errichten ließ. Das Land Niedersachsen hat es 1956 in der Hochzeit des Kalten Krieges abtragen lassen. „Die Schüler stehen dann hier und fragen entgeistert“, erzählt Hellwinkel. „Wie, das hat man einfach abgerissen? So sind wir gleich drin in der Debatte über Erinnerungspolitik.“

An diesem Ort setzt Hellwinkel mit den Schulklassen das Namensziegel-Projekt fort: Jede*r Schüler*in erhält eine Personalkarte eines verstorbenen sowjetischen Gefangenen. So haben sie eine karge Biografie, ein Foto und einen Tonziegel, in den sie den Namen ritzen können. Später werden die Ziegel gebrannt und in die von Berufsschülern gefertigten metallenen Stelen eingefügt, die in einem Halbrund auf einem Hügel stehen.

Hellwinkel führt seine Gäste durch den Stelenwald, „zum 80. Jahrestag sind wir mit dem Projekt fertig“, sagt er. Die Personalkarten waren mit



Namenlos verscharrt: Grab eines unbekanntes sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Friedhof von Anderlingen

schiedlichen Biografien sei interessant für die Jugendlichen, „wenn sie erkennen, wie lange die Soldaten im Lager überlebt haben, manche nur einen Monat“. Sowjetische Kriegsgefangene hatten die geringsten Überlebenschancen. „Wenn die Schüler verstehen, dass sie eigentlich genauso schlecht behandelt wurden wie KZ-Insassen, und wenn sie dann sehen, dass manche auch in ihrer Heimatgemeinde zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, wird Geschichte für sie greifbar. Sie verstehen, dass diese Politik die Umsetzung einer mörderischen Ideologie war. Das ist Vernichtungskrieg.“

Doch warum wurden die Gefangenen so eklatant unterschiedlich behandelt? Deutschland führte auch gegen andere Länder einen vernichtenden Krieg. „Es gab immense Unterschiede“, bestätigt Gedenkstättenleiter Andreas Ehresmann am Telefon. Die westeuropäischen, aber beispielsweise auch polnische Gefangenen seien pragmatisch als Arbeitskräfte wahrgenommen worden, erklärt er, „sie waren nicht vom antislawischen Rassismus betroffen“. Sie galten nicht als „Untermenschen“ oder „jüdische Bolschewisten“, sie wurden zumindest formal nach der Genfer Kriegskonvention behandelt. Und die niedrigere Sterberate, auch unter Polen, scheint dies zu belegen. Zum Vergleich: 90.000 Franzosen waren in Sandbostel interniert, von ihnen starben nachweislich 103. Von den 70.000 sowjetischen Gefangenen starben verbürgt 4.696, in Wahrheit dürften es deutlich mehr sein.

Eine Ausstellung führt durch die Geschichte des Lagers. Klassische Führungen veranstalten sie in Sandbostel nicht, sondern es gibt Projektarbeit, Studientage, internationale Workcamps. Die Gedenkstätte ist keine nationale Einrichtung; sie wird durch eine private Stiftung mit Landesbeteiligung finanziert. Das feste Team ist klein: drei Festangestellte plus zwei von Land und Kirche beauftragte pädagogische Kräfte plus zwei Freiwillige. Und eine Gruppe Ehrenamtlicher, ohne die die Arbeit kaum zu schaffen wäre. Immerhin hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Sandbostel am 14. Juni einen Besuch abgestattet. „Es war eine große Ehre und Anerkennung unserer Arbeit“, sagt Leiter Andreas Ehresmann. „Und es ist ein wichtiges Zeichen, dass vom deutschen Staatsoberhaupt an den 80. Jahrestag des Überfalls, der ja den Beginn eines völlig neuartigen Weltanschauungs- und Vernichtungskrieges darstellte, adäquat erinnert wird.“

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Tote hier wirklich liegen“

Lars Hellwinkel, Gedenkstättenmitarbeiter

Die Gedenkstätte selbst gibt es erst seit 2013, ein lokaler Verein hatte hartnäckig darum gekämpft, dass die Stiftung einen Teil des Terrains erwerben konnte. Dass 13 (von einst 150) historischen Holz- und Steinbaracken überhaupt noch stehen, verdankt sich ihrer Nutzung in der Nachkriegszeit: als britisches Internierungslager, als Notaufnahmelager für geflüchtete DDR-Jugendliche, als Strafgefängnis, Bundeswehrdepot, zuletzt als Gewerbegebiet. Heute befindet sich nebenan ein Tiergnadenhof. Als der einstige französische KZ-Häftling Raymond Gourlin 2015 zu Besuch kam, erinnert sich Lars Hellwinkel, begann dieser zu zittern, als er das Jaulen eines der Hunde hörte.

Die brutale Hackordnung spiegelte sich im Lager selbst wider. Die Unterkünfte der sowjetischen Gefangenen waren durch Stacheldraht getrennt von denen anderer Nationalitäten. Hellwinkel schließt eine der Holzbaracken auf, die bestandswahrend instandgesetzt wurden. Hier und da sind Holzbalken für die Statik eingesetzt, wird ein Dach gestützt. Zwei andere Baracken sind einsturzgefährdet dem Verfall preisgegeben. „Da ist nichts mehr zu erhalten“, sagt Hellwinkel. „Man soll ja in Gedenkstätten nicht rekonstruieren.“

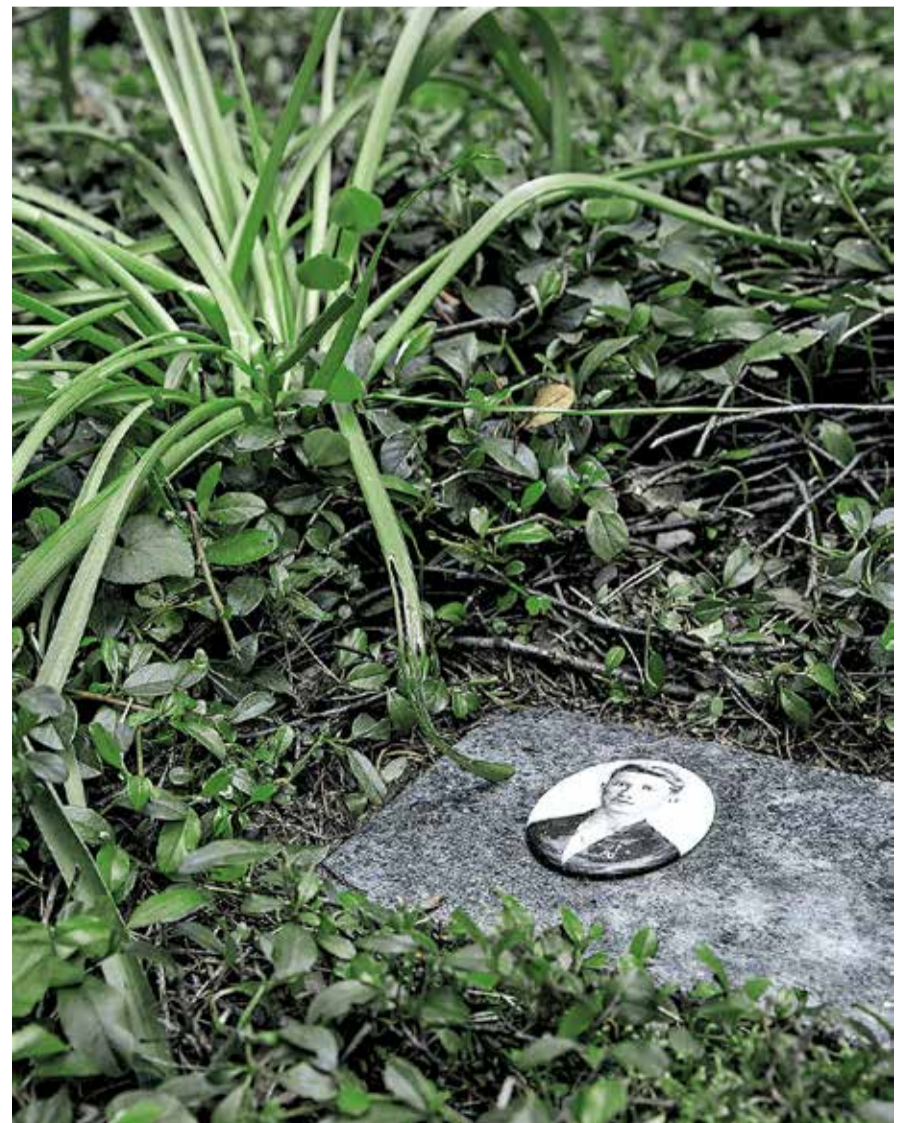
Die Sonne scheint an diesem Junitag, die über die Jahrzehnte gräulich gewordenen Holzwände sind verblichen. Wo sich früher eine Lagerküche befand, sind im Innenraum noch die Abdrücke der runden Kessel zu sehen. In einer anderen Baracke haben DDR-Jugendliche farbige Wandbilder hinterlassen. Die Nutzungsschichten überlagern sich. Authentisch bewahren lässt sich so ein Ort nicht, aber authentisch nutzen.

Auf dem Rückweg steuert Lars Hellwinkel seinen Wagen in Richtung Bremervörde. Etwa zehn Kilometer beträgt die Strecke, die die Gefangenen vom dortigen Bahnhof zu Fuß nach Sandbostel laufen mussten. Es gibt fünf Fotografien, die ein unbekannter Wachmann von den ersten sowjetischen Ankömmlingen im Herbst 1941 gemacht hat. Mit Bleistift geschrieben steht auf der Rückseite eines Fotos: „Erschossener Russe von uns, weil Flucht auf Gemüseacker“. Bäuchlings liegt der Tote im Feld, er hatte vermutlich Hunger. Eine andere Aufnahme zeigt den Ort, eine enge Straße mit Spitzgiebelhäusern, die heute noch an der Straße zum Bahnhof stehen. „Man kann nicht sagen, dass man nichts sehen konnte“, sagt Hellwinkel. Der Bahnhof habe bis heute kein Hinweisschild auf die Transporte.

In über tausend Arbeitskommandos wurden die Kriegsgefangenen von Sandbostel verteilt. In fast jedem Dorf gab es Zwangsarbeiter, die nahe an den Menschen lebten, mit ihnen arbeiteten. Selten entstanden so Freundschaften, noch seltener Liebschaften. Wie bei den Eltern von Gerd A. Meyer, dessen Vater Anatolij Pokrowskij auf einem Hof in Haaßel arbeitete, wo er mit der Tochter des Hauses, Tine, ein verbotenes Verhältnis hatte. Pokrowskij starb im April 1945 im Lazarett von Sandbostel, im November wurde Sohn Gerd geboren. Tine Meyer erfuhr nie, was mit ihrem Freund geschehen war.

2009 konnte sich Gerd Meyer dank der geöffneten Archive auf Spurensuche begeben. Er fand die Krankenkarte seines Vaters, fuhr nach Russland ins Dorf seines Vaters und brachte von dort eine Türklinke mit, die am Haus seiner Großeltern hing.

Sein Vater, Anatolij Pokrowskij, Kosenamen Tolja, hat eines der wenigen Einzelgräber in der Kriegsgräberstätte Sandbostel. Einer, der der Anonymität entrissen wurde.



Grab von Anatolij Pokrowskij, Kosenamen Tolja, eines der wenigen Einzelgräber in der Kriegsgräberstätte Sandbostel

Porträts der Opfer

Eine Ausstellung in Berlin erinnert an sowjetische Kriegsgefangene

Zum Beispiel an Diomid Tawadse: Der 1921 geborene Student aus Georgien kämpft bei der Roten Armee. Am 3. Juli 1941 gerät er bei Minsk in deutsche Gefangenschaft. Mitte Oktober wird er in das Lager Stalag 321 Oerbke in Niedersachsen verlegt. Die Gefangenen leben in Erdlöchern. Seuchen breiten sich aus. Am 26. Dezember 1941, kurz vor seinem 21. Geburtstag, stirbt Diomid Tawadse. Als Todesursache wird „allgemeine Körperschwäche“ angegeben, eine Chiffre für den Hungertod.

Tawadse ist einer von mehr als drei Millionen sowjetischen Soldaten, die die Kriegsgefangenschaft nicht überleben. Sie und die Überlebenden stehen im Mittelpunkt der Open-Air-Ausstellung „Dimensionen eines Verbrechens“ im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlsborst. Auf großen Tafeln auf einer Wiese finden sich Porträts der Geknechteten. Es findet sich dort ebenfalls die Order des Generalquartiermeisters des Heeres vom November 1941, der deutlich macht, dass dies ein deutscher Vernichtungskrieg war: „Nichtarbeitende Kriegsgefangene haben zu verhungern.“

Auf der Wiese stehen auch, nebeneinander, die Bilder von Iwan Demjanjuk und Alexandr Petscherski. Der eine entkam der Gefangenschaft durch seine Kollaboration mit der SS – er wurde zum „Hilfswilligen“ im Vernichtungslager Sobibor. Der Zweite, ein Musik- und Theaterwissenschaftler, organisierte im Oktober 1943 den Aufstand der Gefangenen von Sobibor. Beide haben sie überlebt. Demjanjuk aber wird 2011 in München für seine Taten zu fünf Jahren Haft verurteilt. Klaus Hillenbrand

Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg. Sonderausstellung in Karlsborst, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, bis 3. Oktober. Der Eintritt ist frei.



Lars Hellwinkel von der Gedenkstätte

dem Ende der Sowjetunion im russischen Militärarchiv in Podolsk aufgetaucht, sie galten lange als verschollen. Die NS-Bürokratie hatte dafür gesorgt, dass im Fall des Todes eines Kriegsgefangenen das Datum in der Personalkarte vermerkt und diese an die Wehrmachtsauskunftsstelle in Berlin geschickt wurde. Dort gerieten sie nach Kriegsende in die Hände der Roten Armee, die sie nach Moskau mitnahm, um dort vom Geheimdienst für die nächsten 50 Jahre weggeschlossen zu werden. Erst die Öffnung der Archive nach dem Ende der Sowjetunion brachte sie wieder zum Vorschein.

Die Digitalisierung war es, die der historischen Forschung in jüngster Zeit einen entscheidenden Impuls verlieh. Erst seit zehn Jahren lassen sich die Namen von Gefallenen über das elektronische Archiv des russischen Außenministeriums abfragen und mit denen der vor zwei Jahren online gegangenen Arolsen Archives abgleichen, ursprünglich als Suchdienst von den Alliierten gegründet. Der ITS (International Tracking Service) im deutschen Bad Arolsen fragte nach 1945 alle Gemeinden nach nichtdeutschen Toten ab, bat um Friedhofspläne, Totenlisten und Grabverzeichnisse.

Erst jetzt lassen sich falsch geschriebene Namen, Geburts- oder Sterbedaten, Personalkarten oder Erkennungsnummern zusammenfügen: aus Nummern werden Biografien. Das gilt auch für die Familien in Russland, Weißrussland oder der Ukraine, die oft nicht wussten, wo ihr Angehöriger sein Leben ließ. Stalin galten die in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten als Verräter, die angeblich freiwillig für die Deutschen gearbeitet hätten. Starben sie, bekamen die Familien oft keine Pension und forschten aus Angst nicht nach dem Verbleib ihrer Angehörigen. Wer aber Lager und Arbeitskommandos überlebt hatte, landete nicht selten nach seiner Rückkehr im sowjetischen Gulag.

Das Projekt mit den Namenszielen liegt Lars Hellwinkel am Herzen. Die Arbeit mit den unter-

Unfassbare Wirklichkeiten

Der Schriftsteller Ingo Schulze lebte Anfang der neunziger Jahre in St. Petersburg, der Stadt, die durch die Blockade der deutschen Wehrmacht besonders gelitten hat. Nie sei ihm dort jemand unfreundlich oder gar behrend begegnet

Von Ingo Schulze

1992 kam ich als Ostler in der Rolle eines westlichen Geschäftsmannes nach St. Petersburg, um das erste kostenlose Anzeigenblatt der Stadt zu gründen. Ich kannte Leningrad, das ich zuletzt im Sommer 1989 als einen Ort des Aufbruchs erlebt hatte. Jetzt geriet ich in eine Gesellschaft, die förmlich explodierte, wobei der allergrößte Teil der Bevölkerung mit einer ungekannten Armut konfrontiert wurde, die insbesondere für die ältere Generation lebensbedrohliche Ausmaße annahm. Die Inflation schuf Tag für Tag immer absurdere Wirklichkeiten. Ich verdiente mehr als das Hundertfache dessen, was die Redakteure bekamen – und das Zweihundertfache von dem, was Milizionäre erhielten. Die über 70-jährige Pförtnerin im Tass-Gebäude, in dem sich auch unsere Redaktion befand, konnte ein paar Brocken Deutsch. Als ich fragte, woher sie ihr Deutsch habe, stellte sich heraus, dass sie es als Zwangsarbeiterin in Deutschland gelernt hatte. Mein Redaktionschef war Leningrader, er nannte sich einen „Blokadnik“, einen Überlebenden der Blockade, da war er ein Kind gewesen. Er habe nur wenige Erinnerungen, es lohne nicht, darüber zu sprechen.

Ich weiß nicht, ob es möglich ist, die Bedeutung des Wortes „Vernichtungskrieg“ wirklich zu ermessen. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begannen in den besetzten Gebieten die Massenmorde an den Juden, zugleich auch Massenmorde an der Bevölkerung. Ein erklärter Zweck des Krieges war die „Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen“ und wurde, so muss

man sagen, nahezu „erreicht“. „Der Führer hat beschlossen, die Stadt Petersburg vom Antlitz der Erde zu tilgen“, heißt es in einer geheimen Direktive des Stabes der deutschen Kriegsmarine vom 22. September 1941. „Es besteht nach der Niederwerfung Sowjetrusslands keinerlei Interesse an dem Fortbestand dieser Großsiedlung.“ Es ist beabsichtigt, die Stadt eng einzuschließen und durch Beschuss

mit Artillerie aller Kaliber und laufendem Bombeneinsatz dem Erdboden gleichzumachen. Sich aus der Lage der Stadt ergebende Bitten um Übergabe werden abgeschlagen werden. (...) Ein Interesse an der Erhaltung auch nur eines Teils dieser großstädtischen Bevölkerung besteht (...) unsererseits nicht.“

Kein Interesse am Fortbestand der „Großsiedlung“, kein Interesse an der Erhaltung „die-

ser großstädtischen Bevölkerung“.

Der Schriftsteller Daniil Granin, der zu den Verteidigern Leningrads gehört hatte, sprach am 27. Januar 2014 vor dem deutschen Bundestag über die Belagerung. „Ich, der ich als Soldat an vorderster Front vor Leningrad gekämpft habe, konnte es den Deutschen sehr lange nicht verzeihen, dass sie 900 Tage lang Zivilisten vernichtet haben, und

zwar auf die qualvollste und unmenschlichste Art und Weise getötet haben, indem sie den Krieg nicht mit der Waffe in der Hand führten, sondern für die Menschen in der Stadt Bedingungen schufen, unter denen man nicht überleben konnte.“ Der 95-jährige resümierte: „Heute sind diese bitteren Gefühle von damals nur noch Erinnerung.“

In dem von Daniil Granin und Ales Adamowitsch her-

ausgegebenen „Blockadebuch“ lässt sich nachlesen, was die Blockade Leningrads tatsächlich bedeutet hat, was sich hinter der Zahl von achthunderttausend, wahrscheinlich aber von über einer Million Opfern verbirgt. Zeugnisse wie diese zur Kenntnis zu nehmen ist auch eine Zumutung. Aber wie anders sollen wir Nachgeborene verstehen können, was ein Vernichtungskrieg bedeutet. Von den 24 Millionen Opfern auf sowjetischer Seite (andere Schätzungen sprechen von 27 Millionen) waren zehn Millionen Soldaten (von denen drei Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft umgebracht wurden; auch das Giftgas Zyklon B war zuerst an ihnen „getestet“ worden, bevor es in Auschwitz zum Einsatz kam), 14 Millionen waren Zivilisten, das heißt, hauptsächlich Frauen, ältere Männer und Kinder.

Während der Zeit in St. Petersburg hat mich niemals jemand daran erinnert, dass ich, der ich mehr als nur privilegiert lebte, aus jenem Land kam, das den Krieg verloren hat und verantwortlich ist für das, was den Bewohnern dieser Stadt (und nicht nur dieser) angetan wurde. Und niemand hat mich dort darauf hingewiesen, dass mein Leben, ja unser aller Leben in Deutschland, letztlich überhaupt nur möglich ist, weil jene, die das nationalsozialistische Deutschland besiegten, uns das Schicksal ersparten, das ihnen selbst im deutschen Namen zugedacht gewesen war.

Ingo Schulze, geboren 1962 in Dresden, debütierte 1995 mit „33 Augenblicke des Glücks“; 2020: „Die rechtschaffenen Mörder“.



Winter 1941/42: Leningrader*innen flüchten nach einem Bombenangriff. Die Belagerung der Stadt wird noch bis 1944 dauern Foto: akg-images

„Niemand aus diesen Lagern sollte überleben“

Auch in Kriegsgefangenenlagern haben Massentötungen stattgefunden. Seit Kurzem ermittelt die Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen gegen einstige Wachleute. Warum erst jetzt?

Interview Klaus Hillenbrand

Wachmann im Visier

Die Generalstaatsanwaltschaft Celle hat Ermittlungen in Zusammenhang mit einem ehemaligen deutschen Wachhabenden in einem Gefangenenlager bestätigt. Sie richten sich gegen einen heute 95-jährigen Mann mit Wohnsitz in Bayern. Ihm wird zur Last gelegt, zwischen dem 26. Oktober 1943 und dem 5. April 1945 Dienst im Kriegsgefangenen-Mannschaftsstelllager (Stalag) VI C in Bathorn versehen zu haben. Dort seien insbesondere sowjetische Kriegsgefangene in großer Zahl zu Tode gekommen, sagte Oberstaatsanwalt Bernd Kolkmeier der taz. Das Lagergelände liegt heute in der Gemeinde Hoogstede im Landkreis Graftschaft Bentheim. Nach Angaben der Gedenkstätte Esterwegen waren dort im August 1941 4.016 sowjetische Soldaten gefangen. Dem Verfahren in Celle gingen mehr als zwei Jahre Vorermittlungen der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen voraus. (kth)

taz: Herr Will, Sie ermitteln gegen deutsche Wachleute, die in Lagern für sowjetische Kriegsgefangenen eingesetzt waren. Warum erst jetzt?

Thomas Will: Wir ermitteln das jetzt, nachdem sich in den letzten zehn Jahren die Rechtsprechung entsprechend entwickelt hat. Ausgangspunkt war die Verurteilung von John Demjanjuk 2011 in München, der Wachmann im Vernichtungslager Sobibor gewesen ist. Daraufhin erfolgten neue Ermittlungen zu Angehörigen von Wachmannschaften in Konzentrationslagern mit Verurteilungen von drei ehemaligen Wachleuten. Das erste dieser Urteile hat der Bundesgerichtshof mit einer enorm wichtigen Entscheidung bestätigt. Wir meinen, dass die verheerenden Bedingungen in Konzentrationslagern und manchen Gefangenenlagern vergleichbar sind und die Rechtsprechung damit insoweit übertragbar ist. Da wir mit der Überprüfung von Personal in Konzentrationslagern schon fortgeschritten sind, haben wir uns daher nun auch auf die Kriegsgefangenenlager fokussiert.

Gibt es schon konkrete Personen, gegen die Sie Anschuldigungen erheben können?

Wir haben in unserer Zentralkartei sehr viele Erkenntnisse über Lagerpersonal. Daraus haben wir die Personen für eine Überprüfung aufbereitet, deren Geburtsjahrgänge darauf hindeuten, dass sie noch leben können. Die Überprüfung

begannen im vorletzten Jahr. Derzeit haben wir sechs Personen ermittelt.

Die Zentrale Stelle übernimmt nur die Vorermittlungen. Konnten Sie schon Fälle zur weiteren Bearbeitung an Staatsanwälte abgeben?

Ja, wir haben einen Fall vor Kurzem an die zuständige Staatsanwaltschaft übergeben. Das Verfahren gegen einen ehemaligen Wachmann eines Stalags im ehemaligen Wehrkreis VI Münster wurde an die Staatsanwaltschaft Osnabrück abgegeben und im weiteren Verlauf durch die Generalstaatsanwaltschaft Celle übernommen.

Sie werfen diesen Personen Beihilfe zum Mord vor?

Wenn in einem Konzentrationslager Phasen systematischer Tötungen stattgefunden haben, dann ist das vergleichbar mit einem Vernichtungslager und ist somit Beihilfe zum Mord, wenn eine allgemeine Dienstausbildung in solch einem Lager in einer Phase mit systematischen Tötungen in Kenntnis der Umstände stattgefunden hat. In der jüngsten Rechtsprechung wird auch die Tötung durch die Lebensumstände – also mittels extremer Mangelernährung und versagter medizinischer Versorgung – als Teil des Konzepts betrachtet, dass niemand aus diesen Lagern überleben sollte. In den Kriegsgefangenenlagern gab es neben der Aussonderung und Tötung bestimmter Personen aufgrund des sogenannten Kommissarbefehls ebenfalls solche grau-

samen Tötungen durch die Lebensverhältnisse, also Mord. Gefangene wurden durch schwere und schwerste Arbeit bei einer Ernährung von nur wenigen hundert Kalorien am Tag bis zum Tode ausgepresst. Die höchsten Sterbequoten hatten die sowjetischen Soldaten, die als „Untermenschen“ galten. 60 Prozent haben die Kriegsgefangenschaft nicht überlebt. Wir müssen allerdings in jedem Lager und bei jeder einzelnen beschuldigten Person untersuchen, ob es dort tatsächlich solche Phasen gegeben hat.

Sie müssen also nachweisen, dass Verdächtige tatsächlich zum Zeitpunkt, als in einem solchen Lager massenhaft gestorben wurde, dort anwesend waren?

Wir haben bei der Vorauswahl der Untersuchung noch nicht nach Lagern unterschieden. Zunächst haben wir aus der Gesamtheit aller Lager Personen gesucht, die vermutlich noch am Leben sind. Solche haben wir ermittelt und in jedem Einzelfall Feststellungen zum konkreten Lager, zur Zeit des Einsatzes dort und zum Geschehen in diesem Zeitraum getroffen. Haben sich solche Phasen des systematisch herbeigeführten Massensterbens ereignet? Es kann durchaus passieren, dass wir das in einzelnen Fällen aus tatsächlichen oder aus Beweisgründen nicht nachweisen können. Wichtig ist auch, dass der Betroffene erkennen konnte, was sich im Lager ereignete. Wir haben etwa 200 verschiedene Lager in

unserem Bestand dokumentiert und sind deshalb auch auf sachverständige Unterstützung angewiesen, die wir uns verschaffen.

Waren die Personen, gegen die Sie jetzt ermitteln, Angehörige der Wehrmacht?

Ja. Das waren typischerweise nicht Angehörige von kämpfenden Truppen, sondern oft etwas ältere Soldaten – Männer, die nicht fronttauglich waren. Viele der dort Eingesetzten sind deshalb auch schon lange verstorben.

Die Kreis der Beschuldigten ist heute in der Regel über 95 Jahre alt. Ist das nicht ein bisschen spät, jetzt mit den Ermittlungen zu beginnen?

Wir erledigen unsere Arbeit, solange es noch Verfolgungsaufgaben gibt. Die Verfolgung von Mord ist gesetzlich zwingend vorgeschrieben. Ich wünschte mir natürlich auch, dass einige dieser Verfahren schon früher geführt worden wären.



Thomas Will, 61, ist Staatsanwalt und leitet die Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg.

„Wir haben Verantwortung gegenüber der russischen Bevölkerung“

Es ist richtig, Kritik an Russland vorsichtig zu formulieren, sagt der grüne EU-Abgeordnete Sergey Lagodinsky. Trotzdem müsste der Kreml kritisierbar sein



Sergey Lagodinsky ist russisch-jüdischer Herkunft und wurde 1975 in Astrachan geboren. Seit 1993 lebt er in Deutschland. Er war Mitglied der SPD, trat aber aus Protest gegen Thilo Sarrazin aus. Seit 2019 ist er für die Grünen im Europäischen Parlament.
Foto: Jens Gyarmaty

Interview **Thomas Gerlach** und **Stefan Reinecke**

taz: Herr Lagodinsky, vor 80 Jahren begann der Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Was bedeutet das für Sie persönlich?

Sergey Lagodinsky: Die Familie meiner Großmutter ist 1941 aus Odessa geflüchtet. Rumänische Truppen rückten als Verbündete der Deutschen vor und die jüdische Bevölkerung floh. Auch mein Urgroßvater, der Professor in Odessa war. Nur eine Tante meiner Großmutter, sie war hochschwanger, blieb mit der Familie. Sie hoffte, dass die Rumänen nicht so schlimm sein werden. Sie hat zunächst im Untergrund überlebt, ist dann aber vom Hausmeister verraten worden. Das kam in Odessa häufig vor. Die Hausmeister bekamen dann die Habseligkeiten der Abtransportierten.

Diese Geschichten sind Teil Ihrer Familienerzählung?

Ja, mit diesen Erzählungen bin ich groß geworden. Meine Großmutter floh über Südrussland nach Georgien und Kasachstan. Nach dem Krieg war die Familie in Moskau, wo mein Urgroßvater an einer Uni unterkam. Dort mussten sie 1948 vor Stalin fliehen, jüdischer Professor in Moskau zu sein, war riskant. Sie sind in die Provinz gegangen, nach Astrachan am Wolgadelta. Da gab es später Hochschulen, weil viele jüdische Professoren dorthin geflohen sind, wie damals mein Urgroßvater. Deshalb bin ich in Astrachan geboren – wegen Antisemitismus und Krieg.

Welche Bedeutung hatte der Tag in der Sowjetunion?

Der Tag wurde immer überstrahlt vom Tag des Sieges, in Russland der 9. Mai. Aber die Erinnerung an den Krieg war an beiden Tagen authentisch. Gerade der 9. Mai traf die Seele der Menschen. Die staatliche Inszenierung war nicht so dick, es ging um Familie, Großeltern und Eltern. In den Sowjetzeiten war das ein Fest, bei dem es weniger um die Partei ging als um Dankbarkeit gegenüber den früheren Generationen.

Wird der 22. Juni 1941 in der bundesdeutschen Erinnerungskultur ausreichend gewürdigt?

Er ist immer noch unterbeleuchtet. Vielleicht aus nachvollziehbaren Gründen, weil wir den 1. September 1939 als Beginn des Zweiten Weltkrieges stärker wahrnehmen. Aber für die Sowjetunion, den Vielvölkerstaat, war dieses Datum eine Zäsur, der Beginn des Leides und Terrors gegen die sowjetische Bevölkerung, egal welcher Herkunft. Das muss besser beleuch-

tet werden. Aber das gilt auch für die Mythen.

Welche?

Die russische Regierung monopolisiert und instrumentalisiert diesen Tag. Für uns lautet daher die Frage: Wem gegenüber fühlt sich Deutschland heute verpflichtet?

Russland ist der Rechtsnachfolger der Sowjetunion.

Formal ist das richtig. Aber die Regierung Putin hat das massiv zum Narrativ gemacht. Die Erinnerungspolitik wurde seit Ende der neunziger Jahre zum einzigen Weg, um eine positive nationale Erzählung zu konstruieren. Per se ist das ein legitimes Anliegen, aber es wurde mit den wachsenden aggressiven Ambitionen Russlands zu einer Waffe ideologischer Art.

Muss deutsche Politik nicht berücksichtigen, dass Russland Rechtsnachfolger ist – und sich mit Kritik zurückhalten?

Der Überfall zielte 1941 nicht auf Russland, sondern auf die Sowjetunion als Ganzes. Ich finde es richtig, Kritik an Russland vorsichtig zu formulieren. Wir müssen den geschichtlichen Kontext berücksichtigen. Aber das heißt nicht, dass die Regierung unberührbar ist. Wem schulden wir Respekt? Auch die Vorfahren von Alexei Nawalny haben den Großen Vaterländischen Krieg überleben müssen. Wir haben Verantwortung gegenüber der russischen Bevölkerung, nicht gegenüber der russischen Regierung.

Würden Sie das Israel gegenüber auch so formulieren?

Ich bin genauso kritisch gegenüber Netanjahu gewesen, aber wir sollten die legitimen Anliegen Israels, wie sein Existenzrecht, berücksichtigen. In Russland ist das Existenzrecht nicht gefährdet, auch wenn die Einkreisungstheorien, die Teil der Mythenbildung sind, anderes suggerieren.

Die Nato hat in den neunziger Jahren die Osterweiterung gegen Russland durchgesetzt. Sind die Ängste in Moskau nicht real?

Ängste sind immer real, dort, genauso wie in Polen, im Baltikum oder in der Ukraine. Die Kunst ist, nicht nur über die Angst von Moskau zu sprechen.

Muss Deutschland härter gegenüber Putin auftreten?

Deutschland muss klüger auftreten. Das schließt ein, dass wir bei bestimmten Themen härtere Ansagen machen müssen, zum Beispiel bei Nord Stream II. Wir sollten Kooperationen nicht pauschal ablehnen, aber dabei rote Linien markieren.

Welche?

Ich nenne drei Kriterien. Erstens, ob solche Kooperationen auf Kosten der Menschenrechte und der Umwelt geschehen ...

Da sieht es bei US-Fracking-Gas mieser aus ...

Zweitens, ob sie auf Kosten der inhereuropäischen Solidarität oder zu Lasten unserer Nachbarstaaten stattfinden. Bei Nord Stream II ist das der Fall. Deshalb protestieren Polen und die Ukraine. Und drittens sollten wir fragen, wohin fließt das Geld? Nord Stream II ist keine Brücke zu den Menschen, es ist eher ein wirtschaftliches Projekt, das nicht in erster Linie dem russischen Volk, sondern der oligarchischen Spitze nutzt.

Sollte die Pipeline fast fertig nicht in Betrieb gehen?

Sie soll entweder nicht in Betrieb gehen oder man friert das Projekt ein. Es gibt verschiedene Vorschläge. Wir sollten sie als Hebel nutzen. Wenn wir sagen, wir brauchen das Gas um jeden Preis, geben wir diesen Hebel aus der Hand.

Wofür sollten wir ihn nutzen?

Wir müssen über Menschenrechte, Solidarität und Korruption ernsthaft reden. Grundsätzlich lehne ich das Projekt aber als unnötig und langfristig klimaschädlich ab.

Wenn man die drei Kriterien zum Maßstab des EU-Außenhandels macht, wird es mit vielen Rohstoffen schwierig.

Zunächst müssen wir uns fragen, welche Rohstoffe wir langfristig brauchen und unsere Abhängigkeit von ihnen reduzieren. Aber ja, wir müssen immer abwägen. Wir können mit Russland und China kooperieren, aber nicht blind oder naiv. Wir müssen deren geostrategischen Interessen erkennen.

Viele Russen haben das Gefühl, Europa wolle ihnen vorschreiben, wie sie zu leben hätten. Zu Recht?

Wir schreiben wir etwas vor, wenn wir über Moskaus geostrategische Ambitionen reden? Nehmen wir als Beispiel Nawalny: Da gibt es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Darauf zu verweisen, ist keine Einmischung. Auch Russland hat sich

zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet.

Warum gibt es in Russland trotzdem das Gefühl, dass wir sie von oben herab belehren?

In Russland, wie in immer mehr Staaten, wird jede Kritik als Einmischung hingestellt. Das ist ein sehr nützliches und einfaches Mittel, Kritik zu diskreditieren. Darauf sollen wir uns nicht einlassen. Es gibt aktuell Gesetzesverschärfungen, vielen, die mit NGOs aus dem Westen gearbeitet haben, drohen jetzt bis zu sechs Jahren Haft.

Aber war der Westen Russland gegenüber nicht tatsächlich herablassend?

Obamas Satz, Russland sei eine Regionalmacht, war arrogant. Aber der Westen hat Moskau nie versprochen, dass es keine Nato-Erweiterung geben würde. Und wir konnten die Wünsche von unabhängigen Ländern nicht einfach beiseiteschieben.

Also kommt es irgendwann zum Nato-Beitritt der Ukraine?

Das sollte man unideologisch sehen und Wege finden, wie das Sicherheitsgefühl gestärkt wird.

Etwa mit einer Sicherheitsgarantie für die Ukraine. Es gehört zur historischen Verantwortung Berlins, legitime Ängste dieser Länder ernst zu nehmen und nicht, wie es zu oft passiert, als Hysterie abzutun.

„Wir leisten unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses“, sagte Putin 2001 im Bundestag. Standing Ovations bei allen Fraktionen – heute unvorstellbar.

Leider. Hat der Westen Fehler gemacht?

Wir müssen auch selbstkritisch sein. Natürlich hätten wir mehr Offenheit und Einbindung gerade gegenüber den russischen Bürgerinnen und Bürgern und der Zivilgesellschaft zeigen können. Aber wir sind nicht schuld, dass Putin sich zu einem Autokraten entwickelt hat. Schon 2008 war der Georgien-Krieg. Das kann man nicht schönreden, das war eine aggressive Politik gegenüber einem Nachbarland, die in einer Besatzung mündete, sechs Jahre vor der Krim-Besetzung.

Anzeige

Wir Kriegskinder sind entsetzt und empört:

80 Jahre nach dem nationalsozialistischen Überfall stehen schon wieder deutsche Soldaten feindlich an der russischen Grenze

Am 22. Juni 1941 um vier Uhr früh hatte die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion überfallen. Es war ein geplanter Vernichtungskrieg. Die deutsche Kriegsführung dort umfasste historisch beispiellose Kriegsverbrechen: Von den fünf Millionen sowjetischen Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft starben 3,3 Millionen. Unversorgt unter freiem Himmel eingesperrt, waren sie verhungert, erfroren, an Krankheiten zugrunde gegangen. Über eine Million Einwohner der Stadt Leningrad, heute Sankt Petersburg, ließ die Wehrmacht während einer 872 Tage dauernden Belagerung verhungern. Die Taktik der „verbrannten Erde“ machte hunderte Dörfer in der Sowjetunion unbewohnbar. Dieses Land hatte berichtete 27 Millionen und damit über dreimal so viele Kriegstote wie Deutschland, und über fünfzig mal so viele wie die Kriegsverbündeten USA und Großbritannien.

Nach 45 Jahren Besetzung Deutschlands erlaubten die vier Siegermächte 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands. In dieser Zeit waren die Besatzungszonen zum Brennpunkt eines Konflikts zwischen der US-geführten NATO und der Sowjetunion geworden, mit aufeinander zielenden Atomwaffen in beiden Teilen Deutschlands. 1987 hatte der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow die Initiative ergriffen, diese atomare Falle in Mitteleuropa zu entschärfen, durch den INF-Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenraketen. Nach Öffnung der Berliner Mauer 1989 stimmte Gorbatschow zu, dass die sowjetischen Besatzungstruppen aus der DDR abgezogen wurden, während Truppen der USA in Westdeutschland blieben.

Dies sollte sich zu einem massiven bleibenden Nachteil Russlands entwickeln, des Rechtsnachfolgers der 1991 aufgelösten Sowjetunion. 1990 hatte nämlich US-Außenminister James Baker Gorbatschow in die Hand versprochen, die NATO werde sich „nicht einen Zoll“ nach Osten ausdehnen.

Doch wie US-Historiker herausfanden, war in Washington die NATO-Osterweiterung bereits Anfang Februar 1990 beschlossene Sache. Gorbatschow war belogen worden, unter Beteiligung westdeutscher Politiker, im Verlauf der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung. Dieses Wissen ist in Russland allgegenwärtig, so auch der Friedensgedanke! Der Kalte Krieg ist wieder aufgeflammt. Amerikanisches Militärmaterial strömt nach Osteuropa.

Seit 2020 findet nach 25 Jahren erstmals wieder jährlich in Europa ein NATO-Großmanöver gegen Russland statt, befehligt aus den US-Kommandobunkern in Stuttgart, Ramstein, Wiesbaden und Bitburg.

2019 kündigte US-Präsident Donald Trump den INF-Vertrag von 1987. Seither bauen die USA neue Mittelstreckenraketen. Daraufhin stationierte Russland Atomraketen in Kaliningrad, dem ehemaligen Ostpreußen, Flugzeit zu den US-Stellungen in Deutschland rund sieben Minuten. Die atomare Falle spannt sich erneut.

Wir Kriegskinder sind entsetzt und empört: 80 Jahre nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion stehen wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze, wieder in feindlicher Funktion. Könnte in einer Krise die russische Regierung unter einer empfundenen Provokation die US-Kommandobunker in Deutschland zerstören, um eigene Sicherheit zu gewinnen?

Es gibt für uns einen Weg, aus der Bedrohung herauszukommen: Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag, seit Januar 2021 in Kraft, verbietet seinen Teilnehmern Atomwaffen und atomare Kommandostrukturen in ihren Ländern. Es braucht also nur die deutsche Unterschrift unter den UN-Vertrag. Ohne Deutschland als atomares Waffenlager, Drehscheibe und Schlachtfeld funktioniert ein Landkrieg in Europa nicht.

So werden Deutschland und zugleich Russland und ganz Europa sicherer, offen für den Weg zur gesamteuropäischen Friedensordnung unter dem Dach der OSZE

Dietrich Antelmann, Berlin · Ana Warwara von Keitz, Berlin · Dr. Karin Ritter-Pichl, Berlin · Hildegard von Meier, Berlin
Dr.-Ing. Joachim Wernicke, Berlin · Heide Schütz, Bonn

„Lukaschenko benutzt den Krieg als Rechtfertigung für alles“

In Russland wie in Belarus versuchen die Machthaber, die Geschichte umzuschreiben, sagt der belarussische Autor Sasha Filipenko. Der Begriff Faschismus werde dabei instrumentalisiert

Interview **Barbara Oertel**



Verhaftungen beim Protestmarsch der Frauen in Minsk am 12. September 2020 Foto: Dmitry Azarov/Polaris/laif

taz: Herr Filipenko, in Ihrem Roman „Rote Kreuze“ spielt die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus eine wichtige Rolle. Das gilt auch für Ihr neues Buch über den Direktor eines Moskauer Krematoriums. Woher kommt dieses historische Interesse?

Sasha Filipenko: Dokumente zu lesen ist ein unvergleichliches Gefühl, vor allem, wenn man dann davon erzählen kann. In Belarus und Russland ist das jetzt besonders wichtig, weil die Machthaber versuchen, die Geschichte umzuschreiben und alle Schrecken, die passiert sind, vergessen zu machen.

Woran ist das zu merken?

Du siehst in Russland Leute, die auf ihren Autos Aufkleber mit der Aufschrift „1941–1945“ haben. Das bedeutet: Wir sind bereit, die Deutschen noch einmal zu besiegen.

Welche Rolle hat der „Große Vaterländische Krieg“ in Ihrer eigenen Familie gespielt?

Der Krieg hatte für mich als Kind der Sowjetunion immer eine große Bedeutung. Mein Großvater war Luftwaffengeneral. Von frühester Kindheit an wurde uns gesagt, dass wir die Guten seien, die das Böse besiegt hätten.

Das war doch auch die offizielle Lesart?

Ja, aber als wir im Hof Krieg spielten, wollten alle Kinder immer die Deut-

schen sein, weil ihnen die deutschen Uniformen aus den Filmen so gut gefielen. Wenn du jedoch ein Hakenkreuz auf die Bank maltest, kamen sofort Eltern und Freunde und schimpften, das dürfe man nicht, weil es sonst wieder Krieg geben würde.

Welchen Stellenwert hat dieser Krieg heute, vor allem in der jungen Generation?

Die einen sehen das als große Tragödie. Andere erkennen, dass der Staat diesen Krieg jetzt zur Propaganda nutzt, um die Menschen einzuschüchtern und äußere Feinde zu finden. In Russland werden alle heutigen Schwierigkeiten in der Wirtschaft mit dem Zweiten Weltkrieg begründet. Dabei weiß die junge Generation kaum noch etwas von den Schrecken des Krieges.

Gibt es weitere Folgen von Propaganda?

In Russland sind viele davon überzeugt, dass der Krieg 1941 mit dem Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion begonnen hätte. Niemand erinnert sich daran, dass Russland und Deutschland Verbündete waren, als sie 1939 Polen aufgeteilt haben.

Gilt das auch für Belarus?

Auch Alexander Lukaschenko benutzt den Krieg als Rechtfertigung für alles. Der ganze Westen ist für ihn

gleichbedeutend mit Faschisten, alle europäischen Werte sind faschistisch. Die Sowjetunion gilt als Bollwerk dagegen.

Auch nach innen?

Seit 26 Jahren lautet Lukaschenkos Erzählung: Hauptsache kein Krieg! Alles, was er getan hat, alle Repressionen, aber auch alle wirtschaftlichen Probleme, hat er immer so begründet:

Die belarussische Literaturnobelpreisträgerin Svetlana Alexijewitsch fühlt sich von den Ereignissen in Belarus an finsterste Stalin-Zeit erinnert ...

Es gibt viele Parallelen. Jeden Tag verschwinden Menschen und werden so lange gefoltert, bis sie sagen, Lukaschenko sei ein großer Führer. Der einzige Unterschied ist, dass wir nicht so viele Opfer haben wie während der Stalin'schen Repressionen. Aber wir sind ja in Belarus auch nur neun Millionen. Doch allein in den letzten neun Monaten sind 40.000 Menschen durch die Gefängnisse gegangen.

Sie haben davon gesprochen, dass die Geschichte umgeschrieben werden soll. Wie geschieht das?

Dafür gibt es sehr viele Beispiele. Aus Dokumenten geht hervor, dass die sowjetischen Truppen, als sie deutsche Lager befreit haben, hinterher so-

gar die Wände der Baracken mitgenommen haben, um sie zu Hause wieder aufzubauen. Oder etwa bei den Nürnberger Prozessen, wo Roman Rudenko als sowjetischer Ankläger auftrat, ein Mann, der persönlich außergerichtliche Erlasse unterschrieb, um Menschen zu erschießen. Und so einer trat im Namen des Guten auf, um über Nazis zu richten. Heute ist in Russland die Rede davon, für Felix Dserschinski (Leiter der ersten sowjetischen Geheimpolizei, Anm. d. Red.) wieder ein Denkmal zu errichten.

Und wenn Historiker bei dieser „Umdeutung“ nicht mitspielen?

Historiker, die über die Repressionen schreiben, stehen unter großem Druck. Außerdem sind viele Quellen nicht zugänglich. Die Dokumente, die ich in „Rote Kreuze“ benutzt habe, wurden mir nicht in Russland ausgehändigt, ich habe sie in Genf gefunden. Moskau erkennt nicht an, dass der Kommunismus ein genauso verbrecherisches System war wie der Faschismus.

Was sind die Gründe dafür?

Reiner Machterhalt und der Aufbau einer totalitären Gesellschaft, die mit den gleichen Mitteln regiert wird wie in der Sowjetunion. Putin sehnt sich nach einem neuen Imperium, zu dem auch die Ukraine und Belarus wieder gehören.

Umfragen des Lewada-Zentrums in Moskau zeigen, dass der Zuspruch für Stalin wächst ...

Die Umfragen zeigen nur, was sie zeigen müssen. Die Soziologie ist tot, in Russland gibt es keine unabhängigen Erhebungen mehr. Durch die Propaganda, der wir seit zehn Jahren ausgesetzt sind, steigt die Zahl der Anhänger der Sowjetunion. Heute werden Bücher mit Preisen bedacht, in denen steht: Gut, dass es in der Sowjetunion auch Lager gegeben hat, auch da habe man sich verlieben können.

Moskau und Minsk gebrauchen den Begriff Faschismus inflationär. So wird gesagt, dass die ukrainische Regierung eine faschistische Junta sei, und der Direktor der belarussischen Fluggesellschaft Belavia hat die Einstellung des Flugverkehrs durch die EU eine „faschistische Perversität“ genannt ...

Der Begriff Faschismus wird als Synonym für das Böse schlechthin gebraucht und das von Leuten, wie den Anhängern Lukaschenkos, die selbst für das Böse stehen. Als Putin Truppen in die Ukraine geschickt hat, musste schnell eine Erklärung her: Es hieß, alle dort seien Faschisten, die russische Menschen erschießen. Das versteht jeder, weil jeder eine Großmutter oder einen Großvater hat, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben.

Wenn keine Auseinandersetzung mit der Geschichte stattfindet, wie wirkt sich das auf künftige Generationen aus?

Glücklicherweise gibt es immer noch Verrückte, die versuchen, in die Archive zu gelangen. Der größte Fehler von Putin und Lukaschenko ist, dass sie gegen ihre eigenen Völker kämpfen. Doch ihnen läuft die Zeit davon. Lukaschenko hat 2020 die Wahl genauso gefälscht wie allen anderen zuvor. Nur hat er nicht verstanden, dass er die Leute nicht mehr betrügen kann.

Warum?

Während Europa das Internet weiterentwickelt, versuchen Putin und Lukaschenko, es zu verbieten.

Mit welchem Ziel?

Um Geschichte zu verschleiern, Informationen zurückzuhalten. Doch das geht nicht mehr. Daher wird es ihnen nicht gelingen, die jungen Menschen umzuerziehen. Ein simples Beispiel: Als Kind habe ich Trickfilme geschaut, die liefen immer zur selben Zeit auf demselben Kanal, es gab ja nur zwei. Mein Sohn kann sich auf Youtube zwischen unendlich vielen Filmen entscheiden. Putin und Lukaschenko begreifen nicht, dass sich die Menschen längst daran gewöhnt haben, mehrere Optionen zu haben.

Welche Rolle spielt Literatur in diesem Kontext?

Keine. Die Bücher von Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn wurden schon zur Sowjetzeit millionenfach gelesen. Das hat Russland nicht daran gehindert, in nur 20 Jahren dorthin zurückzukehren, wo es jetzt steht. Deshalb sollten wir die Rolle von Literatur keinesfalls überschätzen.

Sie schreiben trotzdem.

Die Frage ist nicht, welchen Einfluss ein Buch hat, sondern ob ein Autor diese Sisyphos-Arbeit tun muss. Wenn du Zugang zu Dokumenten hast und darin deine Mission siehst, musst du schreiben und veröffentlichen. Das Wichtigste ist, dass die Geschichte nicht vergessen wird. Sobald Menschen die Repression vergessen, wird sie sich wiederholen.

Sie halten sich derzeit in der Schweiz auf. Werden Sie dort bleiben?

Ich habe nur bis Oktober einen Aufenthaltstitel. Dann werde ich mit meiner Familie wohl nach Russland oder Belarus zurückkehren müssen.

Das ist sehr riskant.

Ja. Die Schweiz ist das einzige Land im Westen, das Svetlana Tichanowskaja (belarussische Oppositionsführerin, derzeit im Exil, Anm. d. Red.) nicht auf höchster Ebene empfangen hat. Hier ist man immer noch der Meinung, dass Lukaschenko ein rechtmäßig gewählter Präsident ist. Dennoch versuchen wir, hierzubleiben. Mein Vater wurde in Belarus bereits viermal vorgeladen, er hat seine Arbeit verloren und man teilte ihm mit, welche Gefängnisstrafe mich erwartet. Es ist erniedrigend, nachweisen zu müssen, dass ich in Gefahr bin. Sie werden mir wohl erst glauben, wenn ich festgenommen werde.



Sasha Filipenko, geboren 1984 in Minsk, ist ein belarussischer Schriftsteller, der auf Russisch schreibt. Er studierte Literatur in St. Petersburg und arbeitete als Journalist und Drehbuchautor. Auf Deutsch liegen die Romane „Rote Kreuze“ und „Der ehemalige Sohn“ (Diogenes) vor.



Eine Weltkriegsveteranin bei der Einweihungszeremonie des neuen Soldatendenkmals in Rschew Foto: Sergei Karpukhin/picture alliance

Im Fleischwolf der Diktatoren

In der Stadt Rschew fand eine der furchtbarsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs statt. Sowjetische Truppen stoppten den Vormarsch der Deutschen, erlitten aber hohe Verluste

Aus Rschew **Klaus-Helge Donath**

Sergei Petuchow steht in dem kleinen Museum des „militärisch-historischen Suchdienstes“ in Rschew vor der Gedenktafel für Käthe Kollwitz' Skulptur „Trauernde Eltern“. Rschew war die blutigste Schlacht in der Geschichte, in der bis zu 2 Millionen Soldaten umkamen.

Nebenan ruhen die Gefallenen der Roten Armee. Kollwitz' Denkmal stand vorher in Vlaslo in Westflandern. Dort war Sohn Peter 1914 für „Kaiser und Vaterland“ gefallen. Erst 2014 wurde das nachgebildete Figurenensemble in Rschew eingeweiht.

„Anfangs gab es viel Widerstand“, erzählt Petuchow, der Leiter des Suchkommandos ist. „Bei deutschen Soldaten und einer deutschen Künstlerin bei uns erhitzen sich die Gemüter!“ Das habe sich gelegt. Der Friedhof wurde schon 2002 von der deutschen Kriegsgräberfürsorge eingeweiht. Petuchow trägt eine Tarnjacke über einem T-Shirt des Suchdienstes. Die Arbeit wird von der Stadt unterstützt, früher war sie ehrenamtlich.

Am 22. Juni jährt sich zum 80. Mal der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. An diesem Tag setzt der Suchdienst die im vergangenen Jahr entdeckten Überreste bei. Selten sind es weniger als tausend Gebeine. Meist sind es nur 20 Prozent, deren Identität ermittelt werden kann.

Petuchow stammt aus Rschew. Schon als Jugendlicher war er fasziniert, wenn er Orden, Hülsen oder Ehrenabzeichen fand. Er sammelte alles. Im neuen Museum finden sich Nivea-Dosen, Bayers Aspirin-Tabletten und Antimückencreme deut-

„

Am 22. Juni 2021 werden die im vergangenen Jahr entdeckten Überreste beigesetzt. Selten sind es weniger als tausend Gebeine

scher Soldaten neben Rasierbestecken und Schuhputzcremes.

Rschew hatten die Deutschen im Oktober 1942 besetzt. Die Stadt war Teil der großen Schlacht um Moskau. Stalins Soldaten brachten die deutschen Einheiten an der Moskauer Stadtgrenze zum Stehen. Attacke „um jeden Preis“, „keine Atempause für die Deutschen“, so der Befehl.

Bei Rschew gelang es, einen Brückenkopf zu schaffen und die Front einzudrücken. Die deutsche 9. Armee lief Gefahr, abgekoppelt zu werden. Auch Hitler fürchtete das. Rschew sei eine „uneinnehmbare Linie des Führers“ drohte er in einer Radiobotschaft den Soldaten. „Es ist das erste Mal, dass in diesem Krieg von mir der Befehl zur Zurücknahme eines größeren Frontabschnitts gegeben wird“, meinte Hitler. Ende Januar wendete sich das Blatt zugunsten Stalins erneut, in drei Wochen fielen 80.000 Soldaten.

General Georgi Schukow, der Berlin von den Nazis befreite, grüßt auch heute in tadelloser Uniform von Plakatwänden in Rschew. Ein bis zwei Granaten durften pro Tag

und Geschütz auf seinen Befehl hin wegen Mangels verschossen werden. Auch Kommandeuren befahl er, Lebensmittel „vor Ort“ zu beschaffen.

Die Historikerin Swetlana Gerasimowa bezweifelt in ihrer Dissertation „Schlacht von Rschew, Schukows verlorener Sieg“, gar, dass der Generalstab über die wahre Lage der Truppen informiert gewesen sei und zieht die Vernunft hoher Militär- und Staatsführer in Zweifel.

Rschew war nicht nur die blutigste Schlacht aller Zeiten. Die extremen Verluste waren auf zögerliche Kommandeure zurückzuführen, die sich strikt an Vorgaben hielten, vor allem aber Soldaten ohne Schutz und Waffen ins Feuer schickten. Angeblich sollte sich die Hälfte der Angreifer das Gewehr eines Gefallenen auf dem Schlachtfeld besorgen. In 15 Monaten fielen in Rschew und im benachbarten Vjasma mehr als 2 Millionen Rotarmisten.

„Wir haben Rschew über Leichenfelder angegriffen.“ Durch „Täler des Todes“ seien sie gekrochen, schreibt Veteran Pjotr Michin. Vorbei an Leichen, aufgequollen und voller Würmer, dem Gestank zersetzender menschlicher Körper ausgesetzt. „In sieben Schichten liegen sie manchmal übereinander“, bestätigt auch Petuchow. Falsche Planung der Kampfhandlungen, wenig Technik und mangelnde Truppenführung mussten durch den „menschlichen Faktor“ ausgeglichen werden, schreibt Gerassimowa.

Die Anerkennung der Stadt als „Ort militärischer Ehre“ ließ auf sich warten. Erst 2007 verlieh Präsident Wladimir Putin Rschew den Titel. Den Angriff auf Moskau hatten Militärs jahrzehntelang als mehrteilige Operation dargestellt, die sich gegen Norden, Süden und das Hinterland

wendete. Moskau als Ziel der Wehrmacht kam in dieser Darstellung nicht vor – wohl um Fehler der militärischen Führung zu verbergen.

„Ich bin vor Rschew gefallen, in feuchten Niederungen. Der Angriff war uns allen so plötzlich aufgezwungen. Sind's Jahre, die ich liege? Vor wie viel Tagen, Wochen hat man in diesem Krieg von Stalingrad gesprochen?“, fragte der Dichter Alexander Twardowski schon 1946. Die Verserzählung wurde in das Brückengeländer der Ehrenallee eingelassen, die über den Ufern der Wolga zu einem Obelisken führt. Im Tal dahinter fand ein erbarmungsloser Kampf statt, den das örtliche Museum nachzeichnete. Heute erinnert nur noch ein sowjetischer Flieger auf einem Podest an das Geschehen.

Auch Bildhauer Andrei Korobow wählte den Kranich als Motiv für sein „Denkmal des sowjetischen Soldaten“. Im Sommer 2020 wurde es eingeweiht. Der 25-Meter-Koloss steht auf einer Anhöhe vor Rschew, in einem Park mit Frontküche umgeben von Fotos sowjetischer Soldaten aus Zentralasien, die hier im Einsatz waren. Nachdenklich schaut der Soldat zu Boden, während aus dem Militärhemd Kraniche aufsteigen.

Auch das Erbe Stalins wird im Zuge der Erinnerung gesäubert. Anfang August 1943 besuchte er erstmals die Front. In Rschew. Weder Repressionen noch das Verheizen der eigenen Kräfte werden ihm zur Last gelegt. Ehrfurchtsvoll wird des Heerführers gedacht. Anfang März 1943 zogen die Sowjets wieder in Rschew ein. Die Wehrmacht war vorher abgerückt. Stalins Befehl, die Heeresgruppe Mitte zu zerschlagen, wurde nicht ausgeführt. Den deutschen Truppen fehlte auch die Kraft, Stalingrad zur Hilfe zu eilen.

2.500 Euro als Gnadenbrot

Der 95-jährige Kriegsveteran Nikolai Orlow war als Minderjähriger in deutscher Kriegsgefangenschaft

„2016 haben wir erneut einen Antrag gestellt“, erzählt Nikolai Orlow mit kräftiger Stimme. Kurz zuvor hatte die Bundesrepublik noch einmal Entschädigungsleistungen für sowjetische Kriegsgefangene beschlossen: einmalige Zahlungen in Höhe von 2.500 Euro. Orlows Enkel kümmerte sich um den Antrag, auch er hat bereits das Rentenalter erreicht. „Wir warten immer noch auf eine Antwort“, sagt sein Großvater mit 95 Jahren gelassen. „Wenn sie sich nicht melden, habe ich wohl keinen Anspruch.“

Orlow saß in einem Lager in der Nähe von Smolensk, bis die Deutschen ihn gegen Kriegsende zum Arbeitseinsatz nach Italien schickten. Weil er da noch minderjährig war, hätte er wohl keinen Anspruch auf Entschädigung, vermutet er. In den 1990er Jahren hat er einmal eine Entschädigungszahlung erhalten.

Allerdings ist Orlow kein hilfloser Rentner, jahrelang arbeitete er im Moskauer Veteranenkomitee. Ehrenamtlich. Seine Odyssee begann im Snamenski-Rajon im Gebiet Smolensk. In jenem Lager saßen russische Kriegsgefangene, Orlow wurde als Pferdeknecht eingesetzt. Von hier aus marschierten sie im Konvoi bis Belarus, wo sie in einen Pferdewaggon verfrachtet wurden, erzählt Orlow. Die Fahrt endete in Rocchetta bei Ravenna in Italien. Dort arbeiteten die Häftlinge in einer Ziegelfabrik.

„Damals waren die Amerikaner schon im Süden Italiens. Wir sollten verlegt werden“, erzählt er. Er nutzte amerikanische Luftangriffe zur Flucht. Zwei Wochen streifte Orlow durch die Berge, bis er auf Partisanen der Garibaldi-Brigade traf, der er sich anschloss. Noch in den 1990er Jahren trafen sich die ehemaligen Brigadisten in Italien oder Russland.

Die Amerikaner entwaffneten die Partisanen, Nikolai Orlow wurde in ein Lager für deutsche Kriegsgefangene bei Livorno gesteckt. „Wir traten in den Hungerstreik. Und siehe da, nach kurzer Zeit wurden wir nach Rom verlegt!“, wundert sich Orlow noch heute. Danach seien sie auf eine kleine Weltreise geschickt worden: von Rom nach Neapel bis nach Taranto. Von dort ging es per Schiff ins ägyptische Alexandria. Weiter über Suez, Teheran und Baku. „Am 1. Januar 1945 war ich wieder in Russland. Das war mein Leben als Soldat“, sagt der Veteran.

Danach wurde es beschaulicher. Nikolai Orlow kümmerte sich um die sowjetische Landwirtschaft. Einige Erfolge hätte er auch vorzuweisen, sagt er bescheiden. Insgesamt verschlechterte sich die Lage aber immer weiter, räumt er ein. Am Ende sei die Sowjetunion zusammengebrochen. Orlow bedauert das, auf richtig.

Die Kriegserfahrungen vieler Veteranen nahmen der Generation den Glauben an gewaltsame Lösungen. Wenn doch nur Frieden herrschte, lautete die Hoffnung. Neonazis und Unruhestifter seien heute jedoch wieder am Werk, sagt Nikolai Orlow aufgebracht. Angeblich verbreiteten sie sich in Windeseile und würden in der Ukraine schon den Staat beherrschen, fürchtet er.

Der Veteran gibt wieder, was das russische staatliche Fernsehen den Zuschauern regelmäßig einbläut. Wie erholsam sei früher das Fernsehen gewesen, sagt der Veteran. Heute werde über alles berichtet, was vom Himmel falle, beklagt sich Orlow. Klaus-Helge Donath

Was bedeutet Ihnen der 22. Juni 1941?

... Freya Klier

„Der Eroberungskrieg Hitlers und seiner Nazis begann mit der Liquidierung der polnischen Intelligenz und der bestialischen Misshandlung polnischer Frauen im KZ Ravensbrück. Im Juni 1941 kam die Sowjetunion mit der Vernichtung dran, allein über Leningrad warf die Luftwaffe bis Ende 1941 fast 70.000 Sprengbomben ab, viele gezielt auf Kindergärten, Schulen, Betriebe und Straßenbahnhaltestellen. Die persönliche Geschichte von Polen, Russen, Ukrainern und Weißrussen aus dieser Zeit berührt mich auch heute noch sehr.“

Freya Klier ist Autorin, Regisseurin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin

Handtuch Klimawandel. Angesichts der immer weiter voranschreitenden Erderwärmung würden Sie vor Frust am liebsten das Handtuch werfen? Tun Sie's, aber nehmen Sie dieses! Als visuelle Erinnerung an die Fakten der Klimakrise zeigt das Handtuch die Jahresdurchschnittstemperaturen von 1850 bis heute, basierend auf der Darstellung des Klimaforschers Ed Hawkins von der University of Reading. Mit Stickerei am Saum und Schlaufe zum Aufhängen. Aus Bio-Baumwolle (GOTS-zertifiziert), hergestellt in Portugal. Von LANGBRETT. Maße: 180 x 100 cm. Artikel-Nr. 12681, € 44,00



Schützt den Planeten



taz-Mehrwegbecher. Lieb zu den Geschmacksnerven, lieb zur Umwelt. Mehrwegbecher aus Porzellan mit filzgefütterter Stoffmanschette, Silikonring und taz-Logo. Volumen: 350 ml. Artikel-Nr. 12634, € 22,00



Rucksack Vaude. Umweltfreundlich hergestellt, strapazierfähig und wasserabweisend. Und falls es doch mal schüttet wie aus Kübeln, befindet sich im Bodenfach eine orangefarbene Regenhülle – so sind Ihre Sachen und Sie selbst auch im Stadtverkehr gut geschützt. Mit Brust- und Hüftgurt, gepolstertem Rücken und zwei Stretch-Außentaschen. Inklusive Notebookfach bis 15,6 Zoll. Von Vaude. Maße: B 32 x H 48 x T 15 cm. Volumen: 22 l, Gewicht: 850 g. Artikel-Nr. 12062, € 90,00



Little Sun. 1,1 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu Elektrizität. In vielen Regionen Afrikas benutzen die Menschen mit Kerosin oder Petroleum gefüllte Blechlampen, um abends in ihren Hütten zu lesen, zu lernen oder zu arbeiten. Vier Stunden sind so gesundheitsschädlich wie zwei Päckchen Zigaretten – und teuer ist das Kerosin auch noch. Deshalb haben der dänische Künstler Olafur Eliasson und der Ingenieur Frederik Ottesen die Solarlampe Little Sun entwickelt. Einzelhändler in Afrika verkaufen sie vor Ort und kurbeln so die Wirtschaft an. Jede hier verkaufte Lampe ermöglicht es, dass sie in ärmeren Ländern deutlich günstiger angeboten werden kann. **Solarlampe Little Sun.** Verwandelt fünf Stunden Sonne in vier Stunden helles oder zehn Stunden gedämpftes Licht. Stufenlos dimmbar. Inklusive Umhängeband. Maße: Ø ca. 12 cm. Artikel-Nr. 11103, € 24,00



taz Rad. Völker, tretet die Pedale! Seit ihrer Gründung vor über 40 Jahren setzt sich die taz für Umweltschutz und gute soziale Standards in der Arbeitswelt ein. Deshalb haben wir uns in Zusammenarbeit mit der Berliner Fahrradmanufaktur Ostrad einen Wunsch erfüllt: ein korrektes Fahrrad, ökologisch, sozial – und optisch. Die Einzelteile werden nicht etwa quer über den Ozean geschippert, sondern stammen von familiengeführten Unternehmen, die in Europa produzieren. Der federnde Stahlrahmen ist umweltfreundlich und elegant, Nabendynamo und -schaltung sind besonders leichtgängig und langlebig, und durch die Möglichkeit, einen Vorderrad Gepäckträger anzubringen, steht der nächsten Fahrradtour nichts mehr im Weg. Höchstens Sie selbst. Mehr Informationen unter www.taz.de/rad. Artikel-Nr. 12166 Trapez/Frauen 12161 Diamant/Männer jeweils € 1500,00



Solar-Ladestation Little Sun. Nach ca. fünf Stunden in der direkten Sonne lädt der Charger ein Smartphone oder ein anderes kleines Elektrogerät in ca. 2,5 Stunden vollständig auf, bei wolkenverhangenem Himmel kann er per USB am Computer geladen werden. Mit integrierter LED-Lampe, die in drei Helligkeitsstufen bis zu 50 Stunden leuchtet. Maße: B 14 x H 14 x T 2,5 cm. Artikel-Nr. 12321, € 79,00 Ein Ständer für die Ladestation ist separat bestellbar (ohne Abbildung). Artikel-Nr. 12322, € 9,00